**PRESSEFREIHEIT RETTEN!** Die ehrlichste Wochenzeitung gibt's auch im **ABO! SEITE 15**

# DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

*1 Woche bis zur Großen Augustdemonstration in ganz Berlin, 28. August.*

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 59 ab Samstag, 21. August 2021 bundesweit. Verkaufspreis 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an KDW e.V. IBAN: DE46 8306 5408 0004 2747 84 · BIC: GENODEF1SLR
*Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben*

Wo ist die »Vierte Gewalt«, die freie Presse? Hier. Dies ist die 59. Ausgabe einer der auflagenstärksten Print-Wochenzeitungen in deutscher Sprache.



# WIE VIELE IMPFTOTE WOLLT IHR NOCH?

## 23.000 Ärzte steigen aus.

***Die schweren Nebenwirkungen der genmanipulativen Eingriffe durch sogenannte Corona-Impfungen sind längst bekannt und fordern nun auch immer mehr Tote. Widerstand wächst.*** | Von Markus Fiedler

**Covid-Gen-Impfungen schützen nicht vor Corona. Neue Daten aus Israel deuten nun auch darauf hin, dass die Genspritzen sogar zu einer Covid-Erkrankung führen und zukünftige Corona-Infektionen begünstigen. Zusätzlich leiden und sterben viele Patienten an einer Vielzahl verschiedener direkter Nebenwirkungen der Behandlung. Staatliche Institutionen in den USA kannten diese Nebenwirkungen im vollen Umfang bereits im Jahr 2020 vor Beginn der Gen-Impfungen.**

Anstatt diese gefährlichen Eingriffe in die Gesundheit der Bürger präventiv zu stoppen, wurden die als Impfungen getarnten Genspritzen fast weltweit eingeführt und werden jetzt nach acht Monaten intensiver denn je beworben – mit Lotterielosen, Bratwürstchen, Schwimmbad- und Kirmesfreikarten. Die Politik ignoriert offenbar die Hiobsbotschaften. Karl Lauterbach twitterte sogar am 14. August 2021 um 1:22 Uhr, dass die Corona-Impfungen »nebenwirkungsfrei« seien. Der SPD-Lobbyist ignoriert die laut Europäischer Arzneimittelbehörde (EMA) derzeit registrierten 3.043.175 Nebenwirkungen von 778.725 Gen-Impfungs-Geschädigten. Diese Ignoranz ist ein sehr schwerer Fall von Realitätsverweigerung oder aber eine dummdreiste Lüge.

➲ Den Titeltext weiterlesen, Seite 3




*Gegen die Entrechtung Ungeimpfter: Logo der Freiheitsbewegung. Grafik: Anke Behrend*

AKTUELLE AUFKLÄRUNG ZUM IMPFZWANG:

➲ Stiko »kommt Regierung näher«, Seite 5
➲ Rechtsanwalt Markus Haintz zur Willkür, Seite 5
➲ Franzosen kämpfen, Dänen lockern: Seiten 7 und 11
➲ Björn Gschwendtner zur »Demo-Infektion«, Seite 14

## Neues Vietnam: USA und Merkel flüchten aus Afghanistan.

**NATO-KRIEGSNIEDERLAGE — DEUTSCHLAND WIRD NICHT MEHR AM HINDUKUSCH »VERTEIDIGT«.**

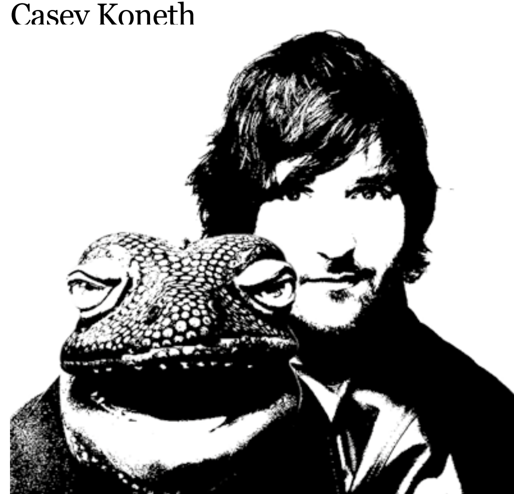
KOMMENTAR einer Soldatin, Seite 5
DIE DW-ANALYSE von Rainer Rupp, Panoramaseiten 12/13

# NICHTOHNEUNS.DE

# Der kritische Puppenspieler

***Der Preis der Republik geht an den Satiriker Michael Hatzius und die Echse.***

LAUDATIO | Von Gerda Thiele und Casey Koneth



**Der kritische Dialog ist einer der wichtigsten Bestandteile einer funktionierenden Demokratie. Wenn sich Kritiker der ungenierten Diffamierung beugen, besteht Grund zur Sorge. Doch muss man die Hoffnung nicht aufgeben, das zeigt uns der Berliner Künstler Michael Hatzius. Er hat einen Weg gefunden, auf humorvolle Art und Weise zur Diskussion anzuregen.**

Seit Beginn der Corona-Krise nimmt der studierte Puppenspieler die Corona-Maßnahmen sowohl im Öffentlich-Rechtlichen *Mainstream* als auch in seinem eigenen *Youtube*-Kanal kritisch aufs Korn.

Sei es durch die Figur der Echse, die uns vor uns selbst warnt, oder durch andere Figuren wie die Möhre, die den Blockwart-Denunzianten verkörpert, oder das brave Huhn, das sich naiv zum Impf-Schafott führen lässt: Michael Hatzius liefert uns ein Spiegelbild der Gesellschaft, bei dem man nicht weiß, ob man lachen oder weinen soll. Durch seine humorvolle Art gelingt es dem vielmals ausgezeichneten Künstler, dem Publikum die absurde Corona-Politik vor Augen zu führen. Sobald eine neue politische Entscheidung getroffen wird, kommentieren seine Puppen diese in einem stilvollen Spagat zwischen nötiger Kritik und Unterhaltung – in der heutigen Zeit ein hoffnungsfroher Lichtblick. Danke, Michael & Echse! So geht das!

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie geht an den Komödianten Michael Hatzius. Die Auszeichnung wird seit 27. Juni 2020 vom Unterstützerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes.




Hendrik Sodenkamp und Anselm Lenz (r.) sind Journalisten und Verleger in Deutschland.

Liebe Leser!

Nein, mit Umweltschutz hat der Ausnahmezustand der selbsternannten "Corona" nichts zutun. Mit Faschismus und möglicherweise mit industriellem Völkermord schon eher. In jedem Falle gilt es, Bürger- und Freiheitsrechte zu verteidigen.

Seit 28. März gibt es die Demokratiebewegung, seit 17. April 2020 ist dies ihre zentrale Wochenzeitung – für die Aufklärung, für das Menschenrecht, für die Pressefreiheit! Abonnieren hilft → Seite 15 und DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE

♡-lich, [illegible]

*Schenkungen mit Verwendungszweck »Crowdfunding« gern an KDW e.V., IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84

PRINTABO-AKTION DW 2021 AUF DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE



A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
**UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!**
BERLİN'DEN DEMOKRATİK BİR SELAMLAMA!

*We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz.We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin*

# Zwischen sturem Prinzip und Leben

EINWURF *von Werner Köhne*

**Vor ein paar Tagen im Morsbroich-Museum in Leverkusen gewesen. Eine Heimstatt für Werke des Künstlers Josef Beuys. Dabei wird einem schmerzlich bewusst, was den Hoffnungen auf eine anarchisch spielerische Demokratisierung, für die Beuys damals einstand, heute gefolgt ist: ein von Lähmungen und diktatorischen Anwandlungen befallener Corona-Betrieb.**

Ich verbrachte 1972 einen halben Tag auf der Kasseler Dokumenta mit ihm; die Schnapsflasche ging reihum, man redete sich fusselig in Sachen Kunst und Demokratie, er der weltberühmte Freigeist; ich der trampende Altenpfleger – und irgendwann fiel ich volltrunken vom Stuhl. Kleine Alkoholvergiftung; ab ins Klinikum – zum Glück nur für eine Nacht. Heute in einem fast menschenleeren Museum begegnet man Wärtern, denen die Einhaltung der Corona-Maßnahmen im Gesicht geschrieben steht, schlendert an zahlreichen Exponaten der Beuys´schen Aktionskunst entlang – und weiß: Was einst der wirbelnde Geist der Zeit war, ist nun museal erstarrt.

Später dann in einer kleinen Kneipe mit Restaurantbetrieb gegessen. Am Nachbartisch drei ältere Männer, offensichtlich Rentner oder Arbeitslose, von denen man gerne wissen möchte, wie sie die langen Monate des *Lockdowns* überstanden haben. Einer von ihnen, offensichtlich damals in Kurzarbeit, macht klar, was Sache war: Nach den paar Stunden Arbeit langweilte er sich zu Hause, konnte ja nicht einmal eine Eckkneipe besuchen. »Das ist kein Leben mehr«, höre ich ihn zuletzt sagen – als sei er aus einem Roman von Thomas Bernhard entsprungen.

»Die anderen Länder tun das ja auch«, höre ich abends einen Geimpften reden. Ja, die Verordnungen gibt es auch in Kroatien, Ägypten, selbst Spanien – aber man hält sich inzwischen nicht mehr dran, lebt irgendwie sein Leben. Sind wir als Deutsche womöglich die einzigen, die zwischen Verordnung und Befolgung kein Blatt Papier zulassen – Gefangene einer Engführung zwischen sturem Prinzip und Leben? Ach, Josef Beuys: Was hättest du zu all dem zu sagen?

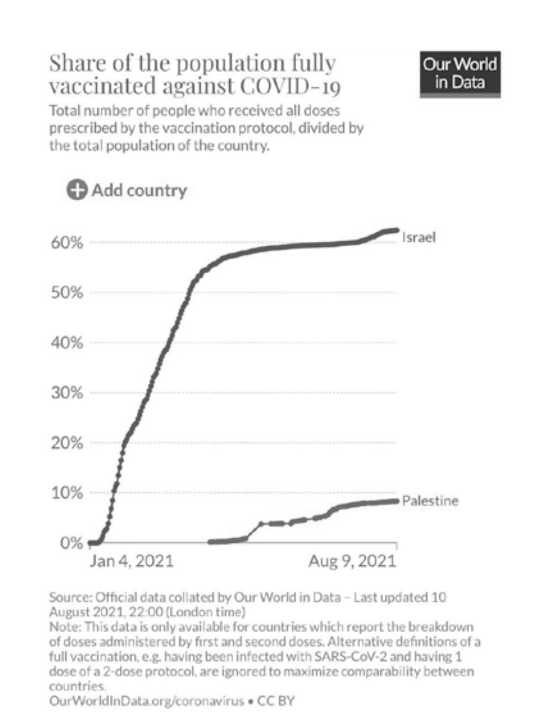
Köhne, Autor der »Minima Mortalia«, geht auf Lesereise. Einladungen willkommen: *wernerpaulkoehne@gmail.com*

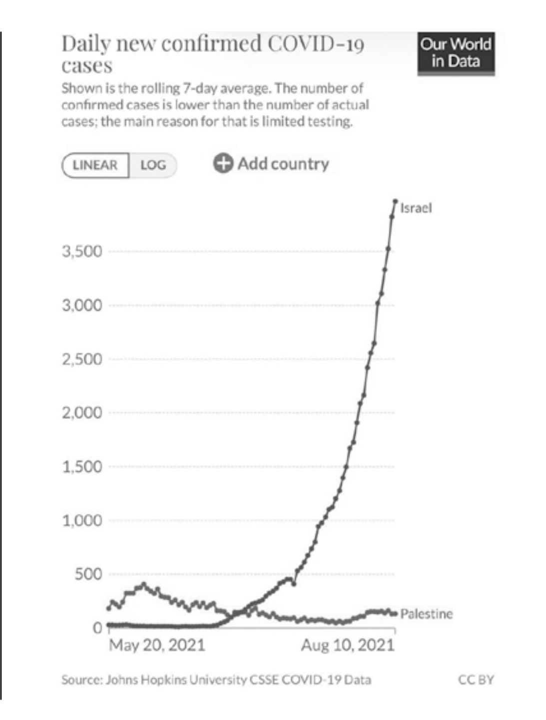
Fortsetzung von Seite 1

# GEN-IMPFUNGEN VERSTÄRKEN INFEKTIONEN

*von Markus Fiedler*

Ungeimpfte werden durch Verordnungen gezielt diskriminiert, genötigt und vor die Wahl gestellt: Gesundheit oder Freiheit. In Mecklenburg-Vorpommern wendet sich die Kampagne *#HändeWegVonUnserenKindern* nun gegen Impfbusse, die Schüler ins Auto für »den Piks« locken. Die Stadt Duisburg warb zuletzt Kinder an, indem ihnen Fotos mit den Figuren der *Storm Troopers* und dem düsteren Maskenmeister Darth Vader aus der Weltraumsaga »Krieg der Sterne« versprochen wurden. Der Stuttgarter Haus- und Facharzt Johannes Weiffenbach machte zuletzt seine Absage an den Impfterror deutlich: »Für jedes ärztliche Handeln gilt der Leitsatz *primum nil nocere*«, zuallererst sei kein Schaden zuzufügen. Weiter führte der Mediziner aus: »Ich kann es mit meinem Gewissen nicht vereinbaren, weiter zu impfen.«




*Menschen werden geimpft – daraufhin steigt die Infektionsrate. Zufall? Offizielle Daten der Johns-Hopkins-Hochschule.* Grafik: gemeinfrei

### BEWIESEN: SIE LÜGEN!

Wir wissen, dass viele Patienten reihenweise innerhalb weniger Tage nach den Impfungen versterben. Bis zu 40 Prozent der im Zusammenhang mit Impfungen untersuchten Toten seien an der Impfung verstorben, so der Chefpathologe der Universitätsklinik Heidelberg, Prof. Dr. Peter Schirmacher. Laut EMA-Datenbank sind mit Stand vom 14. August 2021 in Europa insgesamt 13.055 Todesfälle im Zusammenhang mit Impfungen offiziell registriert. Viele weitere durch die Genspritze Getötete schlummern in den Datensätzen zu Herzinfarkten, Lungenembolien und anderen durch Thrombosen hervorgerufenen Krankheitsbildern. Daten aus den USA deuten auf eine zwischen zehn- und 100-mal höhere Dunkelziffer an Getöteten hin.

Die FDA (*Food and Drug Administration*, Behörde für Lebens- und Arzneimittel) in den USA wusste bereits im Oktober 2020 vor Start der Impfungen von diesen schweren Nebenwirkungen und Todesfolgen, wie aus einem internen Meeting der FDA hervorgeht, in dem insgesamt 110 solcher Nebenwirkungen und Todesfolgen aufgelistet wurden. Darunter auch Myokarditis (Herzmuskelentzündung) die demnach bei Kindern mit 12 Jahren am häufigsten ausbricht. Die Sars-Cov-2-Deltamutante hat offenbar nur sehr wenig mit den derzeit gemeldeten Todesfällen zu tun. Es handelt sich vielmehr um ein generelles Problem der Gen-Impfungen. Nun zogen sich laut der Wochenzeitung *Die Welt* etwa 23.000 Arztpraxen in Deutschland aus dem Geschäft mit dem vermeintlich harmlosen »Piks« zurück. Das ist eine Schrumpfung um rund die Hälfte. Während derzeit nur selten Ungeimpfte in Kliniken eingeliefert werden, füllen sich diese mit zweifach »geimpften« Patienten, die entweder über schwerste Impfnebenwirkungen klagen, oder aber an Corona erkrankt sind, und entgegen den blumigen Werbeversprechen einen sehr schweren Krankheitsverlauf erleben.

### KORRELATION ZWISCHEN GEN-IMPFUNGEN UND COVID-FÄLLEN

*Whistleblower* aus Australien beklagen, dass die nach »Impfung« Verstorbenen sogar wider besseren Wissens als Covid-Tote registriert und auf diese Weise in den offiziellen Statistiken versteckt würden. Das Corona-Spike-Protein reicht aus, um die Krankheit Covid-19 zu erzeugen. Über diese Erkenntnis berichtet sogar die *Frankfurter Rundschau*, die allerdings den Bezug zu den Impfungen nicht herstellt. Alle am Markt befindlichen Covid-Gen-Impfungen bringen die Zellen der »Geimpften« dazu, das Spike-Protein in sehr hoher Zahl zu produzieren. Demnach müsste man eine Korrelation zwischen Gen-Impfungen und festgestellten Covid-Fällen sehen können. Und genau das ist der Fall! Israel, das Land, in dem am schnellsten die meisten Bürger der genmanipulativen »Impfung« unterzogen wurden, vermeldet nunmehr eine Welle von Corona-Neuinfektionen. In Israel haben mit Stand vom 9. August 2021 etwa 62 Prozent aller Israelis zweimal die Genspritze erhalten. Mit Stand vom 10. August 2021 wurden in Israel durchschnittlich täglich fast 4.000 Neuinfektionen gemeldet. Tendenz steigend. Die Palästinenser hingegen sind nur zu 9 Prozent vollständig »geimpft«. Dort verbleiben die Infektionsneumeldungen mit Werten um 200 auf einem erfreulich niedrigen Niveau (siehe auch Abbildungen).

Wenn wir annehmen, dass die Infektionsmeldungen aus den Reihen der Palästinenser nicht deutlich schlampiger erfolgen als jene aus Israel, dann ergibt sich hier ein sehr beunruhigender Zusammenhang: Mehr Covid-Gen-Impfungen führen zu mehr Covid-Infektionen. Ein hieb- und stichfester Beweis für diese These steht allerdings noch aus. Aber die israelische Regierung ruft jetzt schon mal zur dritten Impfung auf. Auch bezüglich Deutschlands zeigt sich dieser Zusammenhang. In den Bundesländern mit den höchsten Impfquoten befinden sich auch die Landkreise mit den höchsten Corona-Inzidenzwerten. Dies sind vor allen anderen Nordrhein-Westfalen mit 66,4 Prozent und Schleswig-Holstein mit 67,5 Prozent Durchimpfungsrate.

In der vorletzten Ausgabe DW 57 haben wir eine CDC-Untersuchung bezüglich einer sogenannten Durchbruchinfektionswelle in Barnstable County, Massachusetts, USA diskutiert. Auch dort zeigte sich das Phänomen, dass unter den Erkrankten die vollständig »geimpften«




Foto: DW/Steve Schramm

*Demokratin macht ihren Standpunkt klar: Spontankundgebung an einer Straßenkreuzung in Berlin.*

Personen deutlich überwogen. Dieses weltweit zu beobachtende Phänomen hat wahrscheinlich mehrere Ursachen. Zum einen zeigen viele Geimpfte aufgrund der Wirkung des Spike-Proteins eindeutige Covid-Symptome und werden folgerichtig als Covid-Erkrankte gelistet. Zum anderen machen die Impfungen entgegen den blumigen Versprechungen der Politik die Patienten anfälliger gegen Covid-Infektionen.

### DIE INFEKTIONEN WERDEN KÜNSTLICH VERSTÄRKT

Erklären kann man diese Beobachtungen unter anderem mit »ADE«. Das wird sogar auf den Seiten des staatlichen Paul-Ehrlich-Instituts (PEI) im Zusammenhang mit Covid-»Impfungen« beschrieben. Dort schreibt man: »Es gibt bei Sars- und Mers-Cov-Hinweise darauf, dass unerwünschte infektionsverstärkende Antikörper (*antibody-dependant enhancement*, ADE) nach einer Impfung oder einer durchgemachten Covid-19-Erkrankung bei einer weiteren Infektion im ungünstigen Fall zu einer verstärkten Infektion führen könnten.« Man kommt dann aber lapidar zur Aussage: »Bei mRNA- und Vektor-Impfstoffkandidaten gegen andere Infektionskrankheiten wurde ein ADE bisher nicht beobachtet.« – Wenn sich da mal die Damen und Herren vom PEI nicht gründlich täuschen. Denn die von uns gesichteten Daten zeigen ein ganz anderes alarmierendes Bild, nämlich eine durch die Genspritzen künstlich erzeugte Pandemie! – Schöne neue Corona-Welt.

Dieser Artikel mit Links zu Materialien auf *demokratischerwiderstand.de* sowie als Lesung auf dem Journalismusportal *KenFM.de*



Markus Fiedler ist Diplombiologe mit Fachgebiet Mikrobiologie und Genetik sowie Ressortleiter Naturwissenschaft.

**Wöchentliche Sterbefallzahlen in Deutschland**
(gestrichelte Werte enthalten Schätzanteil)

30 000 / 25 000 / 20 000 / 15 000 / 10 000 / 5 000 / 0

0 5 10 15 20 25 30 35 40 45 50

Kalenderwoche

— 2017–2020 Median — 2017–2020 Durchschn. ■ 2017–2020 (min./max.) — 2021 —•— 2021 (darunter COVID-19)

Quellen: Sterbefallzahlen insgesamt: Statistisches Bundesamt (Stand 16.08.2021), COVID-19-Todesfälle: Robert Koch-Institut (Stand 12.08.2021)



## WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

*Die linksstehende Statistik zeigt die Sterbefälle in der Bundesrepublik im Vergleich der Jahre. Daraus geht hervor, dass die Anzahl der Gestorbenen seit dem Winter und Frühjahr 2020 deutlich unter den Zahlen der Grippewelle des Jahres 2018 und ähnlich den Zahlen anderer Jahre liegt. Das gilt auch für 2021. Es gibt demnach keine außergewöhnliche Übersterblichkeit.*

*Sars-Cov-2 (Corona) existiert. Der Virus ist auch nicht völlig ungefährlich. Corona ist jedoch nicht oder nicht wesentlich bedrohlicher als andere Grippeinfektwellen, wie sie zu jedem Jahreswechsel auf der Nordhalbkugel stattfinden. Denn wäre Corona übermäßig bedrohlich – oder gar menschheitsbedrohend –, dann müsste die Sterberate von uns Menschen signifikant und ganz außergewöhnlich ansteigen. Das ist aber nicht der Fall. Die Daten sind jene des Statistischen Bundesamtes.*

***250 Expertenstimmen zu Corona:*** NICHTOHNEUNS.DE/VIRUS

## MELDUNG

### IMPF-APARTHEID DROHT AN DEUTSCHEN UNIVERSITÄTEN

Berlin/DW. Mit Blick auf das kommende Wintersemester verkündete der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) Prof. Dr. Peter-André Alt am 11. August in Berlin die Bedingung für eine Rückkehr zur Präsenzlehre: Die Einführung der 3G-Regel, das heißt: Zutritt zu Vorlesungen und Seminaren nur für geimpfte, genesene oder getestete Personen. Er appelliert an alle Studierende, sich jetzt impfen zu lassen, denn für kostenfreie Corona-Tests würden die Universitäten nicht aufkommen.

Kritiker befürchten das Ende des Rechts auf freien Zugang zu Bildung, denn ab Oktober 2021 sollen Corona-Tests in Deutschland kostenpflichtig werden. Der Nachweis über ein negatives Testergebnis darf nicht älter sein als 48 Stunden. In der Konsequenz würden Studenten, die sich nicht impfen lassen wollen oder können, sich regelmäßig ihren Zugang zur Universität erkaufen müssen. (rop)

### RECHTSBEUGUNG FÜR *FAKE*-GEWERKSCHAFTER?

Erfurt/DW. Sebastian Scholz, hochbezahlter Gewerkschaftsfunktionär des Regierungsjournalistenverbandes DJV, ist nach § 170 Absatz 2 der Strafprozessordnung freigesprochen worden. Dies teilte die Staatsanwaltschaft Erfurt mit. Scholz hatte am 1. Mai 2021 in Weimar einem Demokraten in der Nähe einer Demonstration für das Grundgesetz mit Anlauf die Beine weggetreten. Die entsprechenden Videos gingen um die Welt. Mehrere Anwälte kündigten nun an, weitere Schritte zu einem regulären Verfahren gegen Scholz und die offensichtlich politisch infiltrierte Staatsanwaltschaft einzuleiten.

Zuletzt war auch der Problemgewerkschaftsfunktionär Jörg Reichelt erneut in Berlin aufgefallen. Im Zuge des Großen Augustaufstandes vom 1. August 2021 behauptete dieser, er sei am Abend des Tages von seinem Fahrrad gerissen worden und »traumatisiert« worden. Reichelt von der DJU-Verdi erhält laut eigenen Angaben aus dem Jahr 2017 monatlich rund 5.500 Euro aus den Gewerkschaftsbeiträgen der Journalisten. Seit Beginn des Corona-Krieges gibt Reichelt sich – wie Scholz – offen als fanatisiert-gewaltbereiter Propagandist des Merkel-Regimes und der Nato zu erkennen und arbeitet sogar gegen unabhängige Journalisten. Dies wird mit den Kurznachrichtenkanälen der »gelben Gewerkschafter« belegt. (ale)



*1. August 2021: Vermummte Polizisten gehen mit Tränengas auf friedliche Demonstranten los.* *Foto: Hannes Henkelmann*

# Polizei im Visier des UN-Folterbeauftragten

***Was bislang nach den Ausschreitungen der Berliner Polizei am 1. August geschah.*** | Von Nadine Strotmann

**Was haben Hongkong, Belarus und Berlin neuerdings gemeinsam? Richtig, einen Ermittler in Sachen Menschenrechte. Sein Name ist Nils Melzer. Der 51-Jährige ist seit November 2016 UN-Sonderbeauftragter für Folter und forscht aktuell zur Polizeigewalt auf den verbotenen Demonstrationen am 1. August 2021 in Berlin.**

Auf *Twitter* startet der Schweizer Rechtswissenschaftler noch am Abend des 1. August einen Aufruf zur Mithilfe und Aufklärung eines Videos, welches seine Aufmerksamkeit erregte. Zu sehen ist dort eine ältere Dame, die frontal von einem Polizisten angegriffen und zu Boden geworfen wird. Melzer schreibt zu dem Video: »Dies wurde mir soeben zur Kenntnis gebracht. Kann jemand meinem Büro Einzelheiten oder Zeugenaussagen zu diesem Vorfall vermitteln und ob bereits eine offizielle Untersuchung eingeleitet wurde? Bitte an: sr-torture@ohchr.org.« Laut Medienberichten sind rund 100 Vorfälle polizeilicher Gewalt bei ihm eingegangen. Ebenso steht auch die Aufklärung eines Todesfalls im Zusammenhang mit einer polizeilichen Maßnahme im Raum. Die genauen Umstände dazu sind bislang auch noch nicht bekannt.

Anfang August besucht Melzer zunächst den Innensenator Andreas Geisel in Berlin. Nach dem Treffen äußert sich der UN-Beauftrage positiv auf sämtlichen Kanälen über die Bereitschaft, die Vorfälle gemeinsam aufklären zu wollen. Jetzt würden erstmal die Materialen ausgewertet werden. Auf *Twitter* schreibt Melzer dazu: »Danke @derInnensenator & @polizeiberlin für das informative und konstruktive Gespräch von heute und die Zusage einer transparenten Zusammenarbeit bei der Aufklärung möglicher Verstöße gegen das Misshandlungsverbot!«

### SKANDALÖSES POLIZEIVERHALTEN AM 1. AUGUST

Laut *Deutsche Presse-Agentur* (DPA) steht Melzer kritisch zu den angeordneten Maßnahmen. Generell müsse bei einer Demonstration mit Menschen, die zwar Anweisungen nicht befolgten, aber friedlich seien, anders umgegangen werden. »Das ist ein Kommunikations-, kein Gewaltproblem. Da ist eine gepanzerte Polizeitruppe vielleicht nicht die richtige Antwort«, sagt Melzer. Dazu *twittert* er: »Weltweite Polizeigewalt: Es ist absolut inakzeptabel, wenn die Polizei wegen bloßer Ordnungswidrigkeiten oder zivilem Ungehorsam mit teilweise lebensgefährlicher Gewalt gegen wehrlose Demonstranten vorgeht.« Auf Nachfragen des Demokratischen Widerstands, wie der genaue Status Quo bislang aussehe und welche Konsequenzen möglicherweise den Verantwortlichen drohten, erhielten wir bis dato keine Rückmeldung.

Laut DPA sagt Melzer, dass die deutsche Regierung bei Rechtsverstößen durch die Polizei rechtliche Schritte einleiten müsse. Denn dabei gehe es auch um die Entschädigung von Opfern. Des Weiteren erhoffe er sich ein Umdenken allein aufgrund seiner Aktivitäten. Die Bundesregierung hat nun 60 Tage Zeit, zu seinen Vorwürfen Stellung zu beziehen.



Nadine Strotmann ist Kommunikationswissenschaftlerin, DW-Redaktionsmitglied und Marketingfachfrau.

# AFGHANEN KANN MAN NICHT KAUFEN

***Wie Deutsche Soldaten in einen sinnlosen Krieg geschickt wurden.***
Ein KOMMENTAR von Vicky Richter

**Angela Merkel gibt ihr Versagen in Afghanistan zu und geht dann ins Kino. Sie schaut sich den Kampf der Frauen auf dem Weg ins deutsche Parlament bei der Kinopremiere von »die Unbeugsamen« an, während zeitgleich am Hindukusch Tausende Frauen um ihr Leben bangen. Die Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer backt Flammkuchen, während unsere Fallschirmjäger zu lebensgefährlichen Einsätzen geschickt werden, um Tausende verängstigte Landsleute in Kabul zu retten. Jetzt kommen die Einheiten zum Einsatz, die zuvor aus politischen Gründen in den Medien attackiert und zersetzt wurden.**

Die Bundeskanzlerin gab zu, dass Deutschland »ein Land mit einer demokratischen Struktur aufbauen wollte«. Das sei nicht gelungen, weil »die afghanischen Streitkräfte nicht an das Volk gebunden waren«. Der für mich erschreckendste Satz von »Mutti« war, dass auch die Rettung unserer eigenen Bürger »leider nicht mehr in unserer Hand« liege.

Die Hybris der großen Staatsmänner in den letzten 20 Jahren kannte keine Grenzen, und die Nato-Staaten fielen alle dem gleichen Desaster zum Opfer: Man kann eine sehr alte Kultur wie die der Afghanen nicht einfach ändern. Alexander der Große schaffte es nicht, die Russen und Engländer nicht. Auch Deutschland und die USA konnten in Afghanistan keine »Demokratie« einführen. Das bedauerliche ist, dass man vorher schon gewusst hatte, nichts verändern zu können und trotzdem unsere Soldaten verheizte.

#### WIR WURDEN NICHT ALS RETTER, SONDERN ALS BESATZER WAHRGENOMMEN

Man kann die Afghanen nicht mit Milliarden von Aufbau- und Entwicklungshilfen, harten Gerät und Ausbildung von Armee und Polizei kaufen, man kann sie nur eine Zeit lang »mieten«. Wir kennen ja die Bilder von den Besuchen der Verteidigungsministerin, wo man kurz im Camp Stippvisite betreibt und in die Kamera lächelt, ehe man wieder in sichere Gefilde abzieht.

Anfangs waren die deutschen Soldaten noch als Aufbauhelfer willkommen, aber über die Jahre wurden sie als Besatzer wahrgenommen, die viel versprachen, aber wenig einhielten. Der Einsatz wurde gefährlicher, Misstrauen war an der Tagesordnung und selbst den afghanischen Sprachmittlern traute man nicht. Freund und Feind waren täglich nah beieinander.

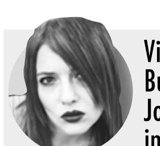
#### DEUTSCHE SOLDATEN WURDEN WISSENTLICH VERHEIZT

Dazu kommt, dass unsere Soldaten im Einsatz mit schlechter Ausrüstung ausgestattet wurden und geeignete teils auf eigene Kosten besorgt werden musste. Wenn gepanzerte Fahrzeuge in den Hangars stehen bleiben, weil der TÜV noch fehlt, dann fragt man sich, wo die Wertschätzung unserer Soldaten war, die ungeschützt auf Patrouille mussten. Unsere Soldaten mussten Lebensversicherungen beispielsweise in der Schweiz abschließen, denn aufgrund der Kriegsklausel in den AGBs lehnten die deutschen Versicherer eine Todesfallabsicherung für die Familien ab.

Es war vorauszusehen, zumindest für die, die nicht mit Wunschdenken arbeiten, was passieren wird, wenn Biden und Co. ihre Truppen zu schnell und ohne Übergabe abziehen. Denn die Demokratisierung der Bevölkerung und der Wiederaufbau waren nicht beendet, der Drogenanbau floriert nach wie vor.

#### ES WURDE VERSÄUMT, LANGFRISTIGE LÖSUNGEN ZU FINDEN

Die Aufbauhilfe hätte intensiviert werden müssen und zwar nicht nur von Deutschland. Das vorhersehbare neue Flüchtlingsproblem löst sich nicht, indem man die Abwanderung unterstützt. Die Ursachen der Flucht müssen beseitigt werden.Nach wie vor bringt Mohnanbau noch viel mehr ein, als zum Beispiel der Anbau von Getreide. Offiziell 59 tote Kameraden – wofür? Weit über 1.000 haben psychologische Probleme, aber das Schlimmste für sie ist, dass der Rückhalt aus der Heimat fehlte. Das ging soweit, dass Heimkehrer teils vor den Kasernen als Kinder- und Frauenmörder beschimpft wurden. Mein Fazit: Wir haben und hatten in Afghanistan nichts zu suchen!


Vicky Richter war achteinhalb Jahre Bundeswehrsoldatin. Die heutige Journalistin wurde u. a. im Kosovo und in der Nato-Afghanistan-PR eingesetzt.

# Kinder zum Abschuss freigegeben

***Die Ständige Impfkommission (Stiko) empfiehlt nun, genmanipulative Eingriffe via Corona-Impfungen auch bei Kindern vorzunehmen.*** | Ein KOMMENTAR von Burak Erbasi

**Die Stiko ist laut RKI- und Medienmeldungen vom Montag nun unter dem Druck der Politik eingeknickt. Die Stiko hat demnach ihre Impf-Empfehlung für Kinder zwischen zwölf und 17 Jahren zu Gunsten der Profit- und Machtinteressen der Pharmaindustrie geändert. Mit dieser verantwortungslosen Empfehlung wird die wahnhafte Impforgie nun auch bei wehrlosen Kindern so richtig Fahrt aufnehmen.**

Wie konnte es nur soweit kommen? Was ist plötzlich passiert mit deutschen Eltern, die sich sonst bei jeder aufkeimenden Gefahr schützend vor ihre Kinder stellen? Sie haben monatelang zugesehen, wie ihre Kinder durch Maskenzwang und Psychoterror in staatlichen Erziehungsanstalten misshandelt wurden. Wider alle Vernunft und medizinische Erkenntnisse hat man sich einbläuen lassen, dass Kinder besonders gefährdet beziehungsweise gefährdend seien und ihnen deshalb eine Gesichtswindel aufgesetzt. *Bullshit*. Gerade Kinder stecken Infektionen schnell und locker weg und tragen somit wesentlich zur Entstehung der Herdenimmunität bei. Der Maskenzwang hat Kindern nur das Atmen erschwert, sie krank gemacht und traumatisiert.

Wenn es um die Ernährung ihrer Sprösslinge geht, machen die Deutschen regelrecht eine Wissenschaft daraus. Bionahrung, Vegetarisch, Vegan mit Nahrungsergänzungsmitteln und so weiter – bloß keine gentechnisch manipulierten Lebensmittel (GMOs). Nun lassen sie es paradoxerweise zu, dass durch gefährliche Gen-Impfungen ihre Kinder selbst zu GMOs mutieren und riskieren das leibliche Wohl ihrer Liebsten. Sie werfen bereitwillig ihre Kinder der Pharmaindustrie zum Fraß vor. Verdrängt hat man hierzulande anscheinend, dass es der menschenverachtenden Elite niemals um das Wohl des Volkes geht?

Die Impfagenda kennt keine moralischen Maßstäbe und hat keinerlei Gewissen.Wenn kein Widerstand geleistet wird, sind als nächstes die Säuglinge dran. Das kennen wir aus unserer Geschichte. Im Zuge der aggressiv beworbenen Tuberkulose-Impfung sind in den 1930er Jahren in der Weimarer Republik rund ein Drittel der geimpften Säuglinge verstorben und die Hälfte der Überlebenden litt lebenslang an schweren Folgeschäden. Eltern müssen jetzt Haltung zeigen und dürfen ihre Verantwortung nicht einfach abgeben.


Burak Erbasi ist studierter Bauingenieur und Chef vom Dienst in der DW-Redaktion.



## VERSAMMLUNGSFREIHEIT BLEIBT ABGESCHAFFT

**KOLUMNE RECHTSSTAAT**
***von Markus Haintz***

**Mit dem Beschluss des VGH Baden-Württemberg vom 13. August 2021 zum Versammlungsverbot in Ludwigsburg hat erneut ein deutsches Oberverwaltungsgericht bestätigt, dass die Versammlungsfreiheit nach Art. 8 des Grundgesetzes nicht mehr existiert.**

Auch das Urteil des Amtsgerichts Garmisch-Partenkirchen vom 5. August 2021 hat daran nichts geändert. Dort hat der sachverständige Aerosolforscher Scheuch ausgesagt, dass eine Infektionsgefahr unter freiem Himmel praktisch nicht gegeben ist. Trotz dieser eindeutigen und wissenschaftlich fundierten Expertenmeinung wurde das Versammlungsverbot für die bewegte Kundgebung in Ludwigsburg durch zwei Instanzen bestätigt. Die Versammlungsbehörde hatte zwei Varianten angeboten, stationäre Demo ohne Maske oder bewegte Demo mit Maske und Abstand sowie mit Visierpflicht für Maskenbefreite.

Der Anmelder führte aus, dass inzwischen jeder ein Impfangebot erhalten habe, das Gesundheitssystem nicht überlastet sei und die Übertragungswahrscheinlichkeit unter freiem Himmel im Promillebereich läge. Der VGH nahm diesen Sachvortrag lediglich zur Kenntnis. Die Vorinstanz, das Verwaltungsgericht, habe seine Auffassung, dass die Durchführung der Versammlung höchstwahrscheinlich zu erheblichen Gefahren für die Schutzgüter von Leib und Leben führen würde, auf die Einschätzung der aktuellen Infektionslage (RKI) gestützt.

Dem Aeorosol- und Virenexperten Scheuch tritt der VGH mit der höchst umstrittenen und politisch gefärbten Studie »Spreading the Disease« des Mannheimer Leibniz-Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) entgegen, soweit so bekannt. Dass von Versammlungen praktisch keine Infektionsgefahren ausgingen, dürfe zumindest bezweifelt werden, so der VGH. Sofern dies das Kriterium zur Durchführung von Versammlungen oder der Ausübung diverser andere Grundrechte sein sollte, so stellt sich die Frage, welches Verständnis von Grundrechten deutsche Verwaltungsrichter inzwischen haben.

Letztlich reicht es dem VGH Baden Württemberg aus, dass sich auf einer Demonstration jemand mit dem Virus anstecken könnte. Krankenhausbelastung, vorliegende Impfangebote, geringste Übertragungswahrscheinlichkeit, all das spielt keine Rolle. Es scheint nur noch eine Ideologie zu geben: Zero Covid, mit der Folge – Zero Grundrechte.

Markus Haintz ist Rechtsanwalt und Journalist.

# Netzwerk



*Die Übersichtskarte (oben) zeigt die Anmeldungen von Aktivitäten von dezentralen und eigenverantwortlichen Gruppen der Demokratiebewegung. Siehe auch querdenken-711.de, BewegungLeipzig.de und viele weitere. Demotermine (Ort, Zeit, Titel) eintragen auf nichtohneuns.de oder demokratischer-kalender.de!*

## DANKE:

Mit Ihrer Spende an die Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V. unterstützen Sie den Druck dieser Zeitung, professionellen Journalismus und die Arbeit für die Grundrechte in der Bundesrepublik Deutschland. – Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an KDW e.V., IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84

# Freiheitskämpfer weltweit

***Hunderttausende Freiheitskämpfer aus aller Welt demonstrieren nun zum vierten Mal als Menschheitsfamilie friedlich für Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung.***

Von Sunny aus Kassel

**Seit der ersten *World Wide Demonstration* am 20. März 2021 nehmen die Menschen in Deutschland ihren Anspruch auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit selbstständig wahr – zum Trotze der Verbote durch die Obrigkeit.**

Nicht nur die deutsche Bevölkerung unterliegt den wahnsinnigen Maßnahmen zur Eindämmung einer konstruierten Pandemie. Menschen auf der ganzen Welt werden ihrer Grundrechte beschnitten. Deshalb gehen sie seither vereint mit ihren Brüdern und Schwestern aus aller Welt auf die Straßen, um gegen die schlichtweg menschenverachtende Politik vorzugehen und ihre Rechte einzufordern.

An diesem internationalen Zusammenschluss nehmen regelmäßig mehrere Hunderttausend Menschen aus über 45 Ländern teil. Tendenz steigend. Die Organisatoren der *World Wide Demonstrations* bringen die Menschheitsfamilie ein Stück näher zusammen, indem sie – geschlossen aber dezentral – den Protest für ihr gemeinsames Ziel auf die Straßen bringen.

Die nächste Weltweitdemonstration wird am 18. September 2021 bereits zum vierten Mal stattfinden.

Informationen soll es demnach in Kürze hier geben:
*https://worldwidedemonstration.com*
*t.me/worldwidedemonstration*

# DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG:

Online: nichtohneuns.de — Senden Sie uns die Termine ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

| | | |
|---|---|---|
| 21.08.2021 10:30-13 Uhr (jeden Sa) | Prien am Chiemsee, Sportplatz / Bernauer Str. | Schilderaktion Freiheitsallee |
| 21.08.2021 11-14 Uhr (jeden Sa) | Celle, Neumarkt | Kundgebung - Friedlich für Wahrheit und Freiheit! |
| 21.08.2021 14-15:30 Uhr (jeden Sa) | Hagen, vor dem Allerwelthaus | Mahnwache für Frieden und Freiheit |
| 21.08.2021 14-16 Uhr (jeden Sa) | München, Theresienwiese (aktuelle Infos auf Telegram) | Autokorso |
| 21.08.2021 13:45-16 Uhr (jeden Sa) | Hannover, Hochschule Hannover - Ritter-Brüning-Str. | Autokorso für Grundrechte |
| 21.08.2021 15:15-17 Uhr (jeden Sa) | Krumbach (Schwaben), Stadtpark | Spaziergang |
| 21.08.2021 15-17 Uhr (jeden Sa) | Amstetten, Hauptplatz | Spaziergang |
| 21.08.2021 14-17 Uhr (jeden Sa) | Fulda, Universitätsplatz | Frieden, Freiheit, Eigenverantwortung, Selbstbestimmung |
| 21.08.2021 15-17 Uhr (jeden Sa (außer bei Großdemos)) | Bochum, Dr.-Ruer-Platz | Kundgebung und Aufzug |
| 21.08.2021 13-17 Uhr (jeden Sa) | Baden-Baden, Blume-Brunnen (Lange Str. 2) | Immunität, Demokratie, Freiheit,soziale Sicherheit" |
| 21.08.2021 17-19 Uhr (jeden Sa) | Kirchdorf a.d. Krems, Rathausplatz | Spaziergang |
| 21.08.2021 16:30-19 Uhr (jeden Sa) | München, Harras | UlliOma & Friends |
| 21.08.2021 18-19:30 Uhr (jeden Sa) | Reutlingen, Marktplatz | Lichterspaziergang, Frieden, Freiheit, Wahrheit, Demokratie |
| 21.08.2021 19-21 Uhr (jeden 2. Sa) | Rheinstetten, Rappenwörthstr. 49 | Abendspaziergang |
| 22.08.2021 12:30-15 Uhr (jeden So) | Düsseldorf, Parkplatz P1 Messe (Lotzweg) | Autokorso für Grundrechte |
| 22.08.2021 14-16 Uhr (jeden So) | Salzburg, Mozartplatz | Spaziergang |
| 22.08.2021 14:30-16:30 Uhr (jeden 2. So) | Illertissen, Marktplatz | Demo für Demokratie und Selbstbestimmung |
| 22.08.2021 14:30-17 Uhr (jeden So) | Köln, Heumarkt | Mahnwache für Grundrechte |
| 22.08.2021 14:30-17 Uhr (jeden So) | Cottbus, Stadthallenvorplatz (Berliner Platz 6) | Fahrradkorso für Grundrechte (b.Regen Korso TP: Viehmarkt) |
| 22.08.2021 15:30-17:30 Uhr (jeden So) | Olching, Volksfestplatz (Toni-März-Str. 1) | Kundgebung für Grundrechte |
| 23.08.2021 13-13:30 Uhr (jeden Mo) | Neu-Ulm, Kantstraße 8 | Demo für Demokratie und Selbstbestimmung |
| 23.08.2021 11-14 Uhr (jeden Mo) | Berlin, Nordufer 20 | Mahnwache vor dem RKI |
| 23.08.2021 17-18 Uhr (jeden Mo) | Oranienburg, Schloßplatz | Schilderaktion für Grundrechte |
| 23.08.2021 17-19 Uhr (jeden 2. Mo) | Eberswalde, Marktplatz | Montagsdemo Eberswalde |
| 23.08.2021 18-19:30 Uhr (jeden Mo) | Zwickau, Hauptmarkt | Montagsdemo - Wir müssen reden! |
| 23.08.2021 18-20 Uhr (jeden Mo) | Klagenfurt, Neuer Platz | Lichtermarsch |
| 23.08.2021 18-20 Uhr (jeden Mo) | Königs Wusterhausen, Schloßstr./Schloßplatz/Gerichtsstr. | Demokratieflashmob |
| 23.08.2021 18-20 Uhr (jeden Mo) | Osnabrück, Rathaus | Montagsdemo |
| 23.08.2021 18-20 Uhr (jeden Mo) | Berlin, Witzlebenplatz - 52.51015 N, 13.29145 E | Abendläuten |
| 23.08.2021 19-20 Uhr (jeden Mo) | Hainichen, Marktplatz | Mut-Mach-Kundgebung |
| 23.08.2021 18-20 Uhr (jeden Mo) | München, Marienplatz | Magic Monday MediTANZion |
| 23.08.2021 18-20 Uhr (jeden Mo) | Oranienburg, Schloßplatz | Kundgebung für Grundrechte & Beendigung des Lockdowns |
| 23.08.2021 18:30-20 Uhr (jeden Mo) | Bottrop, Kirchplatz 1 | Spaziergang - Gemeinsam in Liebe gegen Spaltung |
| 23.08.2021 19-20:30 Uhr (jeden Mo) | Stralsund, Alter Markt | Informationsaustauch & Spaziergang |
| 23.08.2021 19-20:30 Uhr (jeden Mo) | Konstanz, Konstanzer Münster (Münsterpl. 1) | Montagsspaziergang |
| 23.08.2021 19-21 Uhr (jeden Mo) | Weimar, Theaterplatz | Montagsspaziergang |
| 23.08.2021 19-21 Uhr (jeden Mo) | Neubrandenburg, Marktplatz | Montagsspaziergang |
| 23.08.2021 19-21 Uhr (jeden Mo) | Cottbus, Oberkirche | Lichterspaziergang für Frieden, Freiheit, Souveränität |
| 23.08.2021 19-21 Uhr (jeden Mo) | Erfurt, Rathaus - Fischmarkt 1 | Spaziergang für Grundrechte |
| 23.08.2021 19-21 Uhr (jeden Mo) | Prien am Chiemsee, Rathaus - Geigelsteinstr. | Montagsspaziergang zur gegenseitigen Vernetzung |
| 24.08.2021 11-13 Uhr (jeden Di) | Günzburg, Wätteplatz | Demo gegen Coronamaßnahmen und Impfpflicht |
| 24.08.2021 16:45-18:30 Uhr (jeden Di) | Berlin, Hermann-Ehlers-Platz (Mittelstreifen der Schlossstr.) | Schilderaktion |
| 24.08.2021 17:30-21 Uhr (jeden Di) | Freiburg im Breisgau, Parkplatz des neuen SC-Stadions | Autokorso für Grundrechte |
| 24.08.2021 18-21 Uhr (jeden Di) | Dortmund, Parkplatz E2 Reymdamm | Autokorso für Grundrechte |
| 25.08.2021 18-20 Uhr (jeden Mi) | Hanau, Marktplatz | Mahnwache für Grundrechte |
| 25.08.2021 19-20 Uhr (jeden Mi) | Königsbrunn, Marktplatz am Rathaus | Kundgebung für Grundrechte |
| 25.08.2021 19-21 Uhr (jeden Mi) | Rosenheim, Ichikawa-Platz - Schönfeldstr. 19 | Mahnwache für Grundrechte und ein Ende des Lockdowns |
| 26.08.2021 16-18 Uhr (jeden Do) | Berlin, Ecke Wilmersdorfer Str./Goethestr. | Bürgerinitiative Nachbarschaftsdialog Charlottenburg |
| 26.08.2021 18-19 Uhr (jeden Do) | Poing, Marktplatz/direkt am S-Bhf | Versammlung für Wahrheit, Frieden, Freiheit und Toleranz |
| 26.08.2021 18-19:30 Uhr (jeden Do) | Murrhardt, Marktplatz vor dem Rathaus | Mahnwache |
| 26.08.2021 18-20 Uhr (jeden Do) | Burgau, Rathaus | Demo gegen Coronamaßnahmen und Impfpflicht |
| 26.08.2021 18:30-20 Uhr (jeden Do) | Hanau, Rochusplatz | Mahnwache für Grundrechte |
| 26.08.2021 18-21 Uhr (jeden Do) | Hagen, Am Sportpark 34 | Autokorso für Grundrechte |
| 27.08.2021 16:30-18 Uhr (jeden Fr) | Kassel, Parkplatz Messehalle P1 Süd | Fahrrad- u. Autokorso für Grundrechte |
| 27.08.2021 17-19 Uhr (jeden Fr) | Linz, Hauptplatz | Fest für die Freiheit |
| 27.08.2021 17-19 Uhr (jeden Fr) | München, Karlsplatz (oder: siehe online) | Open Mic - Demokratie leben |
| 27.08.2021 16-19 Uhr (jeden Fr) | Bargteheide, Markt/Stadtpark | Freiheitspicknick |
| 27.08.2021 17:30-19:30 Uhr (jeden Fr) | Berlin, Ort siehe online | Autokorso Berlin Ost |
| 27.08.2021 18-20 Uhr (jeden 2. Fr) | Weißenhorn, Rathausplatz | Demo für Demokratie und Selbstbestimmung |
| 28.08.2021 11-23:59 Uhr | Berlin, Unter den Linden - Ecke Friedrichstraße | Großdemo für Frieden & Freiheit |
| 02.09.2021 17:30-21 Uhr | Speyer, Unterer Domgarten (vorm Heidentürmchen) | Kundgebung - Aufklärung bewahren statt Corona-Psychose |
| 04.09.2021 13-17 Uhr | Karlsruhe, Platz der Grundrechte | Schildergarten - Kunstaktion zum Thema Grundrechte |
| 04.09.2021 15-18 Uhr (jeden Sa) | Eberbach, Leopoldsplatz | Zusammenkunft für Menschlichkeit, Frieden & Naturrechte |
| 05.09.2021 14-15:30 Uhr (jeden 1. So im Monat) | München, Professor-Huber-Platz (gegenüber Uni) | Mahnwache für Julian Assange |
| 11.09.2021 10-23:59 Uhr | Brussels, To be announced | European Demonstration for Freedom and Democracy |

**Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN**

# Es geht wieder nach Berlin

***Ob erlaubt oder nicht. Am kommenden Wochenende werden wieder Millionen gegen das Corona-Regime demonstrieren.*** | Von Hendrik Sodenkamp

**Für den 28. und 29. August 2021 laden mittlerweile 92 Initiativen zu einer Großdemonstration der Demokratiebewegung in Berlin ein. An diesen Tagen jährt sich die Millionendemonstration, die auf dem Großen Stern der Hauptstadt stattfand.**

Nach den zerschlagenen Demonstrationen an Pfingsten in Berlin und am 24. Juli 2021 in Kassel war der Demokratiebewegung am 1. Augustwochenende eine befreiende Versammlung gelungen. Die Strategie: Dezentralität, Entschlossenheit und Mobilität. An dieses Vorgehen wird die nächste Versammlung anknüpfen.



*Rückblick auf den historischen 18. November 2020. Szene des Friedens vor der brutalen Wasserwerfer-Attacke.* *Foto: Hannes Henkelmannn*

Ein Rückblick: Die Versammlung Anfang August war vom Stuttgarter Bündnis Querdenken um Michael Ballweg und Ralf Ludwig angemeldet worden, außerdem ein Umzug von Dutzenden Berliner Initiativen. Demozug und Kundgebung waren von der politischen Justiz verboten worden, jedoch kam es kurzerhand zu spontanen und massenhaften Spaziergängen durch die ganze Stadt. Die Polizei war überfordert, konnte die friedlichen Versammlungen nicht eindämmen und griff in ihrer Verzweiflung an einigen Stellen in solch brutaler Weise zu, dass sogar der UN-Sonderberichterstatter für Folter, Nils Melzer, intervenierte. Eine Untersuchung der untragbaren Berliner Vorgänge wurde eingeleitet.

Unter diesem Eindruck kann man davon ausgehen, dass sich die Polizeitruppen am letzten Augustwochenende zurückhalten werden. Ansonsten würde ihnen für alle Zeit der Ruf einer durchdrehenden Schlägerbande anhängen. »Nicht alle Polizisten sind von Propaganda und Drogen aufgeputschte Frauenschläger«, erklärte dem DW eine Polizeibeamtin, die namentlich unerkannt bleiben möchte. »Sehr viele Kollegen schämen sich für das ekelhafte Verhalten unserer meist sehr jungen Kollegen auf den Versammlungen. Viele von uns lehnen auch die Corona-Politik und den Impfzwang der Regierung ab. Wir werden uns nicht für einen Bürgerkrieg gegen unsere Mitmenschen instrumentalisieren lassen.« – Solche Aussagen machen Hoffnung.

Die Versammlungen am 28. und 29. August 2021 werden dieses Mal, auf ausdrücklichen Wunsch Michael Ballwegs, nicht zentral organisiert. Dieser sagte gegenüber dem DW im Hinblick auf die vergangene und die kommende Großdemonstration in Berlin: »Die Demokratiebewegung ist selbstständig geworden. Jeder hat gesehen, dass es um das verantwortungsvolle Handeln aller geht, nicht nur dem weniger Organisatoren. So werden wir weitermachen.«

Zentraler Tag wird der 28. August 2021 sein. Der angemeldete Aufzug startet um 11 Uhr Unter den Linden Ecke Friedrichstraße, von dort aus geht es Richtung Regierungsviertel, über die Spree zur Charité, dann quer durch die Stadt zum Alexanderplatz und von dort über die Leipziger Straße zum Potsdamer Platz mit dem finalen Ziel einer Endkundgebung am Brandenburger Tor. In Anbetracht der angemessen langen Strecke ist wohl festes Schuhwerk zu empfehlen. Das internationale Netzwerk World Freedom Alliance um den aufklärenden Arzt Heiko Schöning hat für den Nachmittag eine Großkundgebung angemeldet. Hier werden international renommierte Experten und Gegner der zerstörerischen Corona-Politik sprechen. Die Organisatoren empfehlen, sich auf alle natürlichen und politischen Wetterlagen einzurichten.

Für den 29. August 2021 sind weitere Versammlungen in Planung. Gegenüber dem DW schrieb einer der Organisatoren geheimnisvoll: »Lasst Euch überraschen. Es wird ein Feuerwerk der Demokratie.« In Anbetracht der mittlerweile 17-Monatigen Versammlungserfahrung der Beteiligten darf man mit Grund gespannt sein. Für Informationen wurde der *telegram*-Kanal *t.me/aufzug28082021* eingerichtet. »Hier bekommt man alle wichtigen Informationen: Verbot hin oder her«, so Dolli B. – eine der zentralen Organisatoren. Grundsätzlich sei es wichtig, mobil zu bleiben und sich eigenverantwortlich in der Stadt zu bewegen. Am ersten August hatten sich hierfür leihbare Fortbewegungsmittel angeboten, seien es E-Roller, Fahrräder oder Autos. »Taxis sind auch Autos«, stellt ein Berliner Demokrat im Telefongespräch klar. »Die meisten Berliner Taxifahrer sind außerdem auf unserer Seite. Sie sind beim Idiotentest nicht durchgefallen.« Eine Berliner Taxirufnummer sei 030 44 33 22.

Im Gespräch mit den Organisatoren entsteht der Eindruck, dass diese auf alle Eventualitäten vorbereitet sind. Die Demonstrationen der Franzosen, Engländer und Australier haben motiviert und es werden wohl Millionen in der Hauptstadt kommen. Der Druck von der Straße bleibt hoch für das Regime. Die Frage ist schon lange nicht mehr ob, sondern nur noch wie sie untergehen werden.

## MELDUNG

**STRASSBURG STEHT AUF**

Straßburg/DW. Am 14. August demonstrierten etwa 10.000 französische und deutsche Demokraten Seite an Seite in der französischen Stadt Straßburg gegen den kürzlich in Frankreich eingeführten Gesundheitspass. Bei Sonnenschein zogen die Menschen allen Alters, Sprechchöre rufend und von Trommelwirbel begleitet, durch die Stadt. Der Aufzug, der glücklicherweise von der Polizei verschont blieb, endete mit der Einladung an alle anwesenden Franzosen, sich zur kommenden Großdemo am 28./ 29.August in Berlin anzuschließen. (sts)

# Bella Italia: Menschlichkeit inmitten von unmenschlichen Maßnahmen

***Der rasende Reporter Clark Kent sendet ein Zeichen der Stärke nach Deutschland.***

**Italien im Sommer ... das kann schon mal 45 Grad im Schatten bedeuten. Aber jeder kennt auch die Strände, die Pasta und das temperamentvolle Leben der Italiener. Die Frage ist, stimmt das Bild auch in Zeiten von Corona? Wie hat sich das italienische Leben verändert? Beim Aufbau des Helfa-Netzwerks habe ich natürlich bei der Reise durch Italien auch ein Augenmerk darauf gelegt.**

Die Ausreise aus Deutschland war einfach, es gab keine Kontrollen. Dann erster Stopp: Gardasee. Offiziell darf nicht wild gecampt werden (auch FKK ist verboten). Um die Regeln vor Ort auszuloten, haben wir in der ersten Nacht die Polizei gefragt, wo wir schlafen dürfen: Die *Carabinieri* vor Ort (ähnlich der Bundespolizei bei uns) haben uns zu einer Schule geführt, wo wir kostenlos stehen durften.

Zweite Station: Venedig. In der Stadt gibt es einen geschlossenen Laden, der Werbung gegen die Maskenpflicht macht und für die Freiheit der Menschen eintritt. Probleme gab es dann bei der Rückfahrt um zwei Uhr morgens: Ausweisung wegen fehlender Maske aus dem Bus trotz gültigem Attest. Glück im Unglück. Eine Dame, die sich darüber empörte, nahm uns im Auto mit und entschuldigte sich für das asoziale Verhalten des Busfahrers. Das wäre in ihrem Land nicht üblich.

Dritte Station: Rimini. Übernachtung vor einem Schulgebäude auf einem Busparkplatz – kein Problem. Auch die Anwohner waren sehr freundlich. Nur in lokalen Obi durfte ich ohne Maske nicht rein. Nach Vorzeigen meines Attests wurde ich dann schließlich doch bedient. Und wieder wurde sich bei mir entschuldigt.

Vierte und letzte Station vor Redaktionsschluss: Sizilien. Ein Zwischenstopp vor der Insel endete mit einer Spontan-Party mit 40 Leuten. Als wir dann kurz vor dem Hafen eine Panne hatten, halfen uns zwei echt hübsche *Carabinieri* aus der Patsche.

Zusammengefasst: Die Leute sind zwar relativ konformistisch, wenn es um die Corona-Regeln geht, haben aber das Menschliche, bis auf wenige Ausnahmen, nicht verloren. Die Regeln werden ständig gebrochen, egal ob von den *Carabinieri* oder der Bevölkerung. Menschlichkeit schlägt alle willkürlichen Maßnahmen. Wovon sich die Menschen hier nicht abhalten lassen, ist zu feiern, zu tanzen und gut essen zu gehen. Wir haben hier das Fest *Ferragosto* (Mariä Himmelfahrt) gefeiert, das für die Italiener noch wichtiger als Weihnachten ist. Die Straßen waren voll – keine Masken, kein Abstand. Das war großartig.

# Der Poet und Putinversteher

***Oder: »Die Welt schläft, während das Unrecht ununterbrochen wach ist.«*** | Von Hannes Henkelmann

**Heute spreche ich mit Owe Schattauer, alias C-Rebell-um. Er ist neben Musiker noch Bauunternehmer, Aktivist und Druschba-Friedensfahrer.**

**Stellen Sie sich doch bitte kurz vor!**
Nun, ich bin 1969 im Nordosten Deutschlands geboren, hatte ein liebevolles Elternhaus und eine wunderschöne Kindheit. Ansonsten durchlief ich die typische DDR-Sozialisierung. 1990 ging ich rüber in den Westen, wo ich seit 15 Jahren eine Baufirma in Mainz habe. Seit knapp drei Jahren bin ich glücklich mit meiner russischen Frau verheiratet, die ich 2018 in Kasan kennenlernte.

**Ihr Wunsch für dieses Interview war, dass Sie unseren Lesern einige Textzeilen aus Ihren Liedern näher erläutern dürften. Nun, dann starten wir mit: »Solange Ihr mich Träumer nennt, weiß ich, ich mache es richtig«**
Ich träume, seit ich denken kann, von einer besseren, gerechteren Welt. Bei uns im DDR-Kino liefen regelmäßig die sowjetischen Märchen. Wir alle waren begeistert von den Kostümen und den treffenden Darstellungen der vielen Charaktere. Mein Lieblingsmärchen war allerdings der DEFA-Film »Das kalte Herz« von Wilhelm Hauff. Für mich ist dieser Film der Inbegriff von Kapitalismuskritik. Tausche dein gutes, menschliches und warmes Herz gegen ein kaltes Herz aus Stein, voller Raffgier und Boshaftigkeit. Das hat mich geprägt. Mein Idol Tupac Shakur, ein US-amerikanischer Rapper, sagte es so: »Why must i sock a fella, just to live large like Rockefeller« (deutsch: Warum muss ich einen Kerl umhauen, nur um so zu leben wie Rockefeller). Ich möchte mein Leben lang in den Spiegel schauen, ohne mich übergeben zu müssen.



*Owe Schattauer: »Das T-Shirt habe ich mir in Moskau als Souvenir gekauft. Hammer & Sichel gehören für mich persönlich zur Geschichte Russlands, im Guten wie im Schlechten.«*
Foto: Hannes Henkelmann

Das ist mein persönlicher Anspruch, nicht mehr und nicht weniger.

**»Und solange es viel zu viele Menschen ohne Liebe gibt, müssen wir uns doch nicht wundern, wenn ein Volk die Kriege liebt«**
2014 kam es zur sogenannten Ukraine-Krise. Der *Mainstream* berichtet seitdem extrem einseitig darüber. Bis heute werden Putin und Russland vom *Mainstream* zum Feindbild des »Wertewestens« stilisiert. DAS ÄRGERT MICH, weil vieles daran einfach nicht stimmt. Um diesem Zustand entgegenzuwirken und eben nicht ohnmächtig zuzuschauen, wie Politiker meines Landes 70 Jahre nach Beendigung des zweiten Weltkriegs erneut deutsche Truppen als Speerspitze in Richtung russische Grenze senden, gründete ich 2016 mit Rainer Rothfuß und Sergey Filbert (Golos Germanii) die Druschba-Friedensfahrt-Initiative. Im selben Jahr fuhren wir mit 265 Menschen aus sieben Ländern von Berlin nach Moskau und zurück. Seitdem starten jährlich Freundschaftsfahrten quer durch Russland. Mittlerweile habe ich 38 große russische Städte mit dem Auto besucht, von Wladiwostok bis Irkutsk, von Grosny bis Wolgograd bis hin zu drei Besuchen auf der Krim. Und ja, jetzt kann ich Rilke verstehen, der von diesem riesigen Land und seinen Menschen schwärmte. Wer nach Russland reist, der erkennt sie von Mal zu Mal etwas mehr, die geheimnisvolle und widersprüchliche russische Seele.

**»Die Welt schläft, während das Unrecht ununterbrochen wach ist« (2012)**
Ja, leider ist dem so. Der widerrechtliche Freiheitsentzug von Julian Assange ist nur ein Beispiel dafür. »Wenn das Aufdecken von Verbrechen als Verbrechen geahndet wird, dann werden wir von Verbrechern regiert«, hat Edward Snowden dazu treffend bemerkt. Auch hier könnte man sagen, was kann der Einzelne schon gegen diese Ungerechtigkeit tun? Nun ja, ich habe mich mit fünf Rappern, zwei Musikproduzenten und einem Videoregisseur zusammengetan und wir veröffentlichten vor kurzem gemeinsam den Song »FREE WHISTLEBLOWER«.

**»Knüppel zu Blockflöten« (1989)**
1989 bin ich gegen Polizei- und somit Staatsgewalt mit dem Plakat »Knüppel zu Blockflöten« für Reise- und Meinungsfreiheit auf die Straße gegangen. Heute, 32 Jahre später, bin ich entsetzt über die Polizei und Staatsgewalt in diesem Land, wenn es um Corona-Maßnahmen-Kritiker geht. Ich war auf den vier großen Demos in Berlin 2020. Was haben Wasserwerfer und ein brutales Vorgehen gegen friedliche Demonstranten mit Freiheitsrechten zu tun? Oder fehlt mir als Ostdeutscher dafür das entsprechende Demokratieverständnis? Ach ja, gestern wurde ich einmal mehr von *Instagram* verwarnt und auf *Facebook* gesperrt. Dafür habe ich 1989 NICHT demonstriert! Mein bisheriges Fazit lautet: »Wollt ihr uns verarschen!?«


**Hannes Henkelmann ist Sozialarbeiter und Fotograf. Er führt die DW-Alltagsinterviews.**

# Briefe an die Redaktion

### GRÜSSE AUS LEIPZIG

Für die Verteilung meiner 200 wöchentlichen Exemplare, habe ich mir beim Harlekin-Shop ein angemessenes T-Shirt zugelegt und sende herzliche Grüße aus Leipzig! Habt großen Dank für eure Arbeit und die grandiose Zeitung, die ich mit großer Freude im Herzen verteile! Übrigens vergisst Anselm in Interviews bei der Aufzählung neu entstandener Demokratiebewegungen nie, die Bewegung in Leipzig zu erwähnen. Das kommt hier sehr gut an und löst jedes Mal große Freude aus! Dafür herzlichen Dank!!! Wir sehen uns in Berlin. – Constanze

### DANK AN JILL SANDJAJA UND NICOLAS RIEDL

Mich hat es sehr gefreut, dass in der letzten Ausgabe einmal ein Überblick über alle Ereignisse geschaffen wurde, die schon im Zusammenhang mit unserer jetzigen »*Fake*-Pandemie« standen. Zum Beispiel die Schweinegrippe, Clade X oder die Überlegungen, einen EU-Impfpass einzuführen. So hat man einmal einen schönen Überblick über alles bekommen, bestärkt durch Zitate von Bill Gates oder Michael Kretschmer. Obwohl ich etwas Vorwissen hatte, war es sehr fesselnd und gut zu lesen!
– Marlon v. S.

### BIS AUF EIN NEUES AM 28. AUGUST!

Ohne Internet, ohne Eure Zeitung, ohne meinen Bruder und ohne die vielen guten Buchempfehlungen wäre ich nicht so aufgeklärt. Doch Zweifel hatte ich von Anfang an. Als berentete Krankenschwester bedauere ich, was andere durchstehen müssen. Einen Minijob werde ich als Ungeimpfte wohl nicht mehr bekommen?! Ohne Euch wäre ich nicht am 1. August in Berlin gewesen. Leider haben wir es nicht mehr bis zur Kundgebung geschafft. Es war sehr anstrengend, vor allem mit gebrochenem Zeh. Redner hätte ich gerne gehört, schon die Veranstaltung am Vorabend gab viel her. Versuche es wieder am 28. August. Danke für eure aufreibende Arbeit!
– Ute V.

### ER SUCHT SIE: 1. AUGUST DEMO-BEKANNTSCHAFT

Als wir uns beim Tanz unter der Brücke am Gleisdreieck trafen, trugst du Anmut und einen goldenen Schminkstrich über Stirn und Nase. Du warst etwas unruhig, die Musik sollte weiter ziehen. Ich durfte bei dir mitrauchen, verlor dich dann leider aus den Augen. Ich würde dich gerne wieder sehen. Bitte melde dich: *polly@meinlebentanzen.de*
– D.

## JAHRESABO DES DEMOKRATISCHEN WIDERSTANDS

Dies ist die 59. Ausgabe des Demokratischen Widerstand. Die Zeitung erscheint seit dem 17. April 2020 wöchentlich. Immer fünf Ausgaben, dann eine Woche Pause zur Erholung und Recherche. Da es trotz der unzählbar vielen und teils riesigen Demonstrationen und über 15 Millionen gedruckter Exemplare dieser Zeitung nicht danach aussieht, dass sich die Regierung sehr bald von ihrem verfassungsbrüchigen Kurs in die Konzern-Diktatur abbringen lässt, wollen wir diese Zeitung auf Dauer herausbringen. Das Internet wird zensiert, Beiträge werden gelöscht. Das gedruckte Wort bleibt.
**Auf der Internetseite *demokratischerwiderstand.de* können Sie ein Abonnement dieser Zeitung für ein Quartal oder ein Jahr abschließen.**

**ABONNIEREN SIE FÜR EXKLUSIVE INHALTE UNSERE OFFIZIELLEN KANÄLE!**
t.me/DemokratischerWiderstandTelegram
instagram.com/demokratischerwiderstand
facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung
youtube.com: Demokratischer Widerstand

# Im Schwitzkasten der Stagflation

***Die Wirtschaft steht still, während die Geldmenge aufgebläht wird. Der Finanzkollaps ist vorprogrammiert.*** | Von Hermann Ploppa

**Ist das eigentlich wirklich überraschend? Da schaufelt die Europäische Union mal eben aus dem Nichts 750 Milliarden Euro neu in den Wirtschaftskreislauf. Und US-Präsident Biden wird, wenn der Kongress in Washington mitspielt, etwa sechs Billionen Dollar aus dem Hut zaubern und in die kränkelnde US-Wirtschaft pusten. Mit den Programmen beiderseits des großen Teichs sollen wunderbare Infrastruktur- und Umweltprogramme angestoßen werden. Der Demokratische Widerstand wagte schon frühzeitig die Frage zu stellen, ob das nicht eine Inflation nach sich ziehen könnte. Das ging unter in der allgemeinen Euphorie.**

Und jetzt haben wir den Salat. In Deutschland sprang die Inflationsrate von 2,2 Prozent im Juni auf stolze 3,8 Prozent im Juli. Da müssen wir weit zurückblicken: 1993, im dritten Jahr der deutschen Wiedervereinigung, kochte die Konjunktur und wir hatten eine Teuerungsrate von 4,3 Prozent. Und Bidens Spendierhosen führen in den Vereinigten Staaten von Amerika bereits jetzt zu einer Inflationsrate von ungeheuren 5,4 Prozent. Früher schrien die marktradikalen Ökonomen in einer solchen Situation Zetermordio und forderten sofortige Maßnahmen zur Dämpfung der überhitzten Konjunktur. Doch schon seit einiger Zeit sehen die Wirtschaftsweisen die Inflation eher entspannt. Die Europäische Zentralbank hält eine Inflationsrate von durchschnittlich zwei Prozent sogar für erstrebenswert. Und der Staat ist auch nicht gerade unglücklich, wenn das Geld weniger wert ist. Dann sind nämlich auch seine Schulden weniger wert.

### GELDENTWERTUNG TRIFFT BESONDERS DIE ÄRMEREN

Nicht nur in den USA haben die rasant gestiegenen Energiekosten ihr Scherflein beigetragen. Zum anderen braut sich in den USA gerade eine Neuauflage der Immobilienblase zusammen, die schon im Jahre 2008 zum Kollaps an den Finanzmärkten führte. Es findet eine massenhafte Enteignung amerikanischer Hausbesitzer statt. Große Finanzhaie wie Blackrock trauen dem Geldsystem nicht mehr über den Weg. Sie kaufen massenhaft bleibende Werte, vornehmlich Immobilien im großen Stil auf und vermieten sie zu horrenden Preisen. So sind die Mietpreise in den USA um 15 Prozent angezogen. Eine Immobilienblase nach amerikanischem Muster kann in Deutschland nicht stattfinden, da aufgrund des Zweiten Weltkriegs der Anteil der Hausbesitzer an der Gesamtbevölkerung im internationalen Vergleich sowieso schon gering ist. Die Steigerung der Mietpreise fällt mit 1,4 Prozent moderat aus. Allerdings ist der Immobilienmarkt auch in Deutschland praktisch leergefegt, und Interessenten bieten von sich aus mehr Geld für begehrte Objekte an.



*Politiker bauen ein gefährliches Kartenhaus: Kanzlerin Merkel, US-Präsident Biden.* Collage: Jill Sandjaja

In Deutschland sind aktuell die unteren Gesellschaftsschichten von der Inflation besonders betroffen. Wobei bemerkt werden muss, dass gesunde Nahrungsmittel sowieso nur noch mit Gold aufgewogen werden. Nahrungsmittel kosten aktuell 4,3 Prozent mehr als im Vorjahr. Frisches Gemüse ist sogar 7,2 Prozent teurer als im Vorjahr. Für Fleisch und Wurst wird aktuell 3,2 Prozent mehr verlangt. Daneben fällt aufmerksamen Verbrauchern auf, dass bei verpackten Lebensmitteln die Umhüllung zwar gleich groß ist wie früher, aber deutlich weniger Inhalt drin ist, wie man am Gewicht ablesen kann. Verschleierte Preiserhöhungen müssten auch mit in Rechnung gestellt werden. Wer sich zudem neue Kleider kaufen will, muss 6,2 Prozent mehr berappen. Das kann man den Textilhäusern gar nicht verübeln. Denn durch die lange *Lockdown*-Periode konnten die Händler ganze Kollektionen quasi in die Tonne drücken. Es ist schon zu würdigen, dass diese Geschäfte überhaupt noch einen Neustart wagen.

Auch bei uns hauen allerdings die Energiepreise mächtig ins Kontor, mit einer Teuerungsrate von sage und schreibe 11,6 Prozent. Heizöl kostet jetzt sogar 53,6 Prozent mehr als vor einem Jahr. Für Benzin muss man 23,8 Prozent mehr berappen, für Diesel gar 27,5 Prozent. Wobei es politisch gewollt ist, dass die Preisdifferenz zwischen Diesel und Benzin sukzessive verringert werden soll. Ebenfalls politisch gewollt ist anscheinend die Vergrämung von Auslandsreisen. Pauschaltouristen müssen 22,1 Prozent mehr ausgeben. Nur Mobiltelefone sind jetzt um 2,9 Prozent billiger als vor einem Jahr.

Die Zeche zahlt also wieder einmal Otto Normalverbraucher. Wie kommt es zur Wiederkehr der Inflation im reichen Westen? Ganz entspannt bleiben, meint Sebastian Dullien vom gewerkschaftsnahen Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK): »Im Juli 2020 wurde die Mehrwertsteuer vorübergehend gesenkt und im Januar 2021 wieder erhöht.« Die Inflationsrate könne noch über vier Prozent ansteigen. Dann würde sich die Lage wieder entspannen. Tatsächlich hatte die Bundesregierung im letzten Jahr die Umsatzsteuer für Mittelständler vorübergehend von sieben auf fünf Prozent gesenkt, was aber außer bürokratischem Mehraufwand so gut wie nichts gebracht hat. Die erneute Erhöhung auf wieder sieben Prozent zum Jahreswechsel dürfte deswegen nicht wirklich signifikant die Inflation stimuliert haben.

### IRRWEG DER MARKTRADIKALEN IDEOLOGEN

Zudem verzeichnen die USA über fünf Prozent Inflation auch ohne Umsatzsteuererhöhung. Die Ökonomen meiden den einzig angemessenen Begriff für die jetzige Gesamtlage. Das Unwort heißt: Stagflation. Denn tatsächlich stagniert bei uns die Wirtschaft, während die Preise galoppieren. Das war in den 1970er Jahren infolge der extrem ansteigenden Ölpreise schon einmal so. Während der Staat damals mit massiven Investitionen die Wirtschaft ankurbelte. Das galt damals den marktradikalen Ökonomen als Beweis, dass die klassische antizyklische Konjunktursteuerung nach den Rezepten des englischen Wirtschaftsprofessors John Maynard Keynes gescheitert sei. Seitdem haben die marktradikalen Ökonomen das Erklärungsmonopol geentert.

Dass jetzt ausgerechnet unter ihrer Regie eine handfeste Stagflation stattfindet, das darf einfach nicht sein. Genau das aber ist der Fall. Denn die massiven Geldinfusionen aus dem Nichts laufen ins Leere, weil durch die Corona-Einschränkungen im Handel Lieferengpässe entstanden sind. Der Dominostein des verteuerten Transports schmeißt die nachfolgenden Dominosteine in Handel und Verarbeitung um. Die Geldinfusionen verpuffen, wenn sie nicht massiv in die Binnennachfrage gesteckt werden. Der frühere US-Präsident Franklin D. Roosevelt hatte mit seinen Infusionen Erfolg. Denn Löhne, Renten und Lohnersatzleistungen wurden erheblich erhöht. Die Leute konnten sich endlich wieder was kaufen, und so langsam wurde aus dem Papiergeld wieder reale Währung. Denselben Weg geht aktuell die Volksrepublik China. Solche simplen Zusammenhänge sind allerdings der Bundesregierung und ihren marktradikalen Vorbetern nicht mehr zu vermitteln.

Also noch einmal zum Mitschreiben an die Bundeskanzlerin und an die ihr unterstellten Lehnsherren und -damen aus den Bundesländern: heben Sie sofort alle Corona-Beschränkungen auf! Der neue deutsche Sonderweg wird genauso in den Untergang führen wie jener zwölf Jahre dauernde Irrweg, der in die bedingungslose Kapitulation geführt hat. Machen Sie Druck auf Unternehmer, die Löhne erheblich zu erhöhen. Schaffen Sie die gesetzliche Grundlage für eine signifikante Erhöhung von Renten und Lohnersatzleistungen. Machen Sie Geld locker für längst überfällige Infrastrukturmaßnahmen. Beenden Sie die verhängnisvolle Exportorientierung. Kümmern Sie sich um unseren Binnenmarkt. Dann könnte unsere Wirtschaft wieder in ein wirklich tragfähiges Fahrwasser gelangen.



Hermann Ploppa ist Buchautor und Chef des Wirtschaftsressorts dieser Zeitung.

# SCHMUTZIGE IMPFSTOFF-DEALS

***Pfizer sahnt die Gewinne ab – Steuerzahler ohne Rechte.*** | Von Hermann Ploppa

**Ende letzten Jahres sagte RKI-Chef Lothar Wieler schier unglaubliches in einem TV-Interview: »Also, wir gehen alle davon aus, dass im nächsten Jahr Impfstoffe zugelassen werden. Wir wissen nicht genau, wie die wirken. Wie gut die wirken. Was die bewirken. Aber ich bin sehr optimistisch, dass es Impfstoffe gibt.« Wir werden also mit massivem Erpressungsdruck dazu gebracht, uns eine Substanz einzuverleiben, über deren Wirkungsweise und Schadenspotential bis jetzt nichts bekannt ist. Das ist vom medizinischen und ethischen Gesichtspunkt aus eine komplett verantwortungslose Haltung, die der RKI-Chef hier einnimmt.**

Dass man tatsächlich nichts Genaues über die neuen Impfpräparate weiß, ist jetzt auch noch festgeschrieben in bislang streng geheim gehaltenen Verträgen, die nationale Regierungen und die EU mit Pfizer unterzeichnet haben: »Der Käufer erkennt an, dass die langfristigen Wirkungen und die Wirksamkeit des Impfstoffs derzeit nicht bekannt sind und dass der Impfstoff unerwünschte Wirkungen haben kann, die derzeit nicht bekannt sind.« Pfizer weiß also ganz genau, dass die Geimpften schwerste Schäden davontragen können und sichert sich auf dummdreiste Art gleich dagegen ab: »Der Käufer erklärt sich hiermit bereit, Pfizer, Biontech und die mit ihnen verbundenen Unternehmen von und gegen alle Klagen, Ansprüche, Aktionen, Forderungen, Verluste, Schäden, Verbindlichkeiten, Abfindungen, Strafen, Bußgelder, Kosten und Ausgaben freizustellen, zu verteidigen und schadlos zu halten.«

### LEAKS OFFENBAREN BIZARRE ABMACHUNGEN

»Der Käufer« – das sind wir, die Steuerzahler, die wir unser Einverständnis in diesen schmutzigen *Deal* nie gegeben haben. Dass wir trotz aller Geheimniskrämerei jetzt doch Kenntnis erlangt haben über die ebenso obszönen wie bizarren Verträge, verdanken wir einem Experten für Netzsicherheit mit Namen Ehden Biber. Biber veröffentlichte die *gehackten* Verträge von Pfizer mit Brasilien und Albanien auf Twitter. Twitter löschte diese unbequemen Wahrheiten rasch. Sie sind aber immer noch auf Ehden Bibers Telegram-Kanal einzusehen. Dort kann man auch die oben zitierten Textpassagen nachlesen. Pfizer verpflichtet die unterzeichnenden Staatsregierungen zu zehnjähriger Geheimhaltung – im Fall von Israel sollen es sogar dreißig Jahre sein. Hier ist kein Vertrag zwischen gleichberechtigten Partnern abgeschlossen worden. Ein Globalkonzern diktiert stattdessen ganz nach seinem Gusto. Die Staaten dürfen kein Konkurrenzprodukt kaufen, auch wenn die Konkurrenz schneller mit dem Produkt auf dem Markt ist. Falls es zu Impfschäden und Schlimmerem kommen sollte, haften die Staaten nicht nur allein für alle anfallenden Kosten. Sie müssen auch bei Schadensersatzklagen gegen Pfizer alle Anwalts- und Gerichtskosten erstatten.

### REIBACH MIT KNEBELVERTRÄGEN

Noch eine Kostprobe gefällig: »Die Parteien erkennen an, dass das Produkt trotz der Bemühungen von Pfizer in der Entwicklung & Herstellung aufgrund von technischen & klinischen Herausforderungen oder Fehlern nicht erfolgreich sein kann.« Stellen Sie sich einmal vor, die Bundesregierung würde, sagen wir mal, dreitausend LKWs von Mercedes kaufen, und im Kaufvertrag steht drin: der Käufer erkennt an, dass die Funktionstüchtigkeit der gelieferten LKWs nicht gewährleistet werden kann. Da würde der Bundesrechnungshof der Bundesregierung aber sofort an den Hals springen. Und zu Recht. So etwas verstößt nicht nur gegen die guten Sitten, sondern auch gegen jegliches Kaufvertragsrecht.




*Big Pharma diktiert nach Gusto die Konditionen, willfährige Politdarsteller nicken alles ab.*
*Collage: Jill Sandjaja*

Während anscheinend die illegalen Klauseln bei allen Vertragspartnern, oder sagen wir besser: Vertragsopfern, identisch sind, variieren die Abnahmepreise pro Impfdosis von Pfizer/Biontech beträchtlich – je nach Kaufkraft der Länder. So zahlt die Afrikanische Union 6,25 Dollar pro Schuss. Brasilien ist mit 10 Dollar dabei, Albanien mit 12 Dollar. Die USA zahlen großzügig 19,50 Dollar. Die Europäische Union, die ebenfalls einen jetzt *geleakten* Knebelvertrag mit Pfizer abgeschlossen hat, zahlte bislang 15,50 Euro. Doch jetzt dekretieren Pfizer und Moderna im diktatorischen Gleichschritt von Kartellen einseitig eine Preiserhöhung auf 19,50 Euro pro Dosis. Israel soll sogar 65 Dollar je Piks bezahlen. Pfizer freut sich deswegen auf einen Umsatz nur für den Corona-Impfstoff Comirnaty in Höhe von 33,5 Milliarden Dollar allein für dieses Jahr. Macht bei einer unglaublich hohen Marge von 20 Prozent einen Gewinn von sieben Milliarden Dollar.

### BÖSWILLIGER MISSBRAUCH DER NOTFALLREGELUNG

Fassen wir den ganzen kriminellen Wahnsinn noch einmal kurz zusammen: die Regierung hat wegen des Sars-Cov-2 Virus‘ den nationalen Notstand ausgerufen. Ein Impfstoff wurde als Allheilmittel ausersehen, der sich noch mitten in der Erprobungsphase befindet und noch lange nicht marktreif ist. Um das unausgereifte Impfpräparat schon jetzt auf den Markt schmeißen zu können, wurde eine Notfallregelung herbeizitiert. Diese Notfallregelung bezieht sich jedoch nur auf nahezu hundertprozentig tödlich wirkende Pandemien wie Ebola. Die Fälle von Corona mit tödlichem Ausgang sind kaum in Promille darstellbar. Die Notfallregelung wird im Fall von Corona missbräuchlich und böswillig eingesetzt. Die bei unausgereiften Produkten zu erwartenden Impfschäden sollen nun die Steuerzahler finanzieren. Die Steuerzahler haben aber nie ihr Einverständnis für diesen schrägen *Deal* gegeben.

Wo bleibt jetzt der Aufschrei des Bundes der Steuerzahler? Die Rüge vom Bundesrechnungshof? Die politischen Eliten sind nicht von den Impfkonzernen erpresst worden, wie die Nichtregierungsorganisation Oxfam mildtätig unterstellt. Die verantwortlichen Politiker wussten genau, was sie da unterschreiben, und haben sicher auch auf die eine oder andere Weise davon profitiert. Lassen wir nicht locker. Es ist ein Verbrechen, keine Frage.

## MELDUNG

### TIKTOK DEKLASSIERT FACEBOOK

Der chinesische Online-Netzwerkdienst TikTok ist seit kurzem weltgrößter Anbieter auf Smartphones. Deren App wird nun am häufigsten heruntergeladen. Letztes Jahr noch in der Rangliste auf Platz vier, hat TikTok mit einer Milliarde Nutzern aktuell Mitbewerber Facebook auf den zweiten Platz verwiesen. Nach etlichen Zensurmaßnahmen bei Facebook sind viele Nutzer zu TikTok gewechselt. Letztes Jahr ist die Anwendung vom damaligen US-Präsidenten Donald Trump verboten worden mit der Begründung, sie sei eine Gefahr für die nationale Sicherheit. Joe Biden zog diese Anordnung jedoch inzwischen wieder zurück. (hp)

# Frischluftpause wieder vorbei

***Treibhausgase verpesten nach dem Lockdown wieder stärker die Luft.*** | Von Hermann Ploppa

**Das Jahr 2020 war für die Natur tatsächlich aufgrund der *Lockdown*-Maßnahmen ein Anlass zum Durchatmen. Bei aller Schrecklichkeit der Corona-Einschränkungen konnten wir uns über einen teilweise ungewöhnlich blauen Himmel freuen. Die Emissionen von Umweltgiften wurden erheblich zurückgefahren. Der Gesamt-*output* an Treibhausgasen lag in Deutschland 2020 »nur« bei 739 Millionen Tonnen. Das waren sage und schreibe vierzig Prozent weniger als im Jahre 1990!**

Jetzt wird die Industrie von der Leine gelassen, und die Schornsteine rauchen wieder. Die Denkfabrik Agora Energiewende prognostiziert für dieses Jahr ein deutliches Plus von 47 Millionen Tonnen Ausstoß an Treibhausgasen in die Atmosphäre allein in Deutschland. Das wird den teilweise geänderten Wetterbedingungen zugeschrieben. Die Stromproduktion aus Windkraft liegt im ersten Halbjahr 2021 um 20 Prozent unter dem Vorjahr. Insgesamt lieferten Erneuerbare Energien 6,7 Prozent weniger Strom als 2020. Dafür hat der Stromriese RWE 50 Prozent mehr Strom aus Braunkohle produziert. Strom aus Braunkohle ist extrem schadstoffreich.

Die Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen konstatiert für das erste Halbjahr 2021 einen Anstieg des Energieverbrauchs um 4,3 Prozent und einen Anstieg des dabei erzeugten CO2-Ausstoßes um 6,3 Prozent.

Also: keine wirklich guten Nachrichten für das Klima. Immerhin denken auch Forscher darüber nach, wie man aus Schiete Rosinen macht. Das Fraunhofer Institut koordiniert und fördert Experimente des Instituts für Grenzflächen- und Bioverfahrenstechnik IGB, um Kohlendioxid in Kunststoffe zu verwandeln. Der Trick: CO2 wird in Methanol und Ameisensäure umgewandelt. Fleißige Mikroorganismen verspeisen diese Substanzen und aus der Verdauung der Tierchen entstehen Bausteine für die Erzeugung von Polymeren. Diese Fermentierung zu Polymeren ermöglicht im nächsten Arbeitsschritt die Herstellung von Kunststoffen, vulgo auch Plastik genannt. Aber auch Nahrungsergänzungsmittel oder Tierfutter könnten mithilfe dieser neuen Biotechnologie hergestellt werden.

# WIDERSTAND? WELTWEIT. JETZT!

***Die Corona-Terror-Regimes wollen die totale Kontrolle. Wann werden sie verstehen, dass man Freiheit nicht verbieten kann?*** | Bericht von Ronja Palmer

## LITAUER FORDERN RÜCKTRITT DER REGIERUNG

**Am 10. August protestierten mehrere Tausend Menschen vor dem Parlament in Vilnius gegen geplante Einschränkungen für Ungeimpfte und ein Gesetz, das dem litauischen Militär in Notsituationen mehr Rechte einräumen soll.**

Im Falle von Überschwemmungen, Dürren oder Pandemien, soll das Militär dazu befugt sein, alle, die sich nicht an verbindliche Anweisungen halten, strafrechtlich zu verfolgen, Leibesvisitationen durchzuführen und zu verhaften. Derweil spitzt sich die Impf-Apartheid in Litauen weiter zu. Menschen ohne Covid-Pass sollen ab dem 13. September keine öffentlichen Verkehrsmittel mehr benutzen, keine Restaurants mehr besuchen und keine körpernahen Dienstleistungen mehr in Anspruch nehmen dürfen. Nach einer Parlamentssitzung blockierten die Demonstranten die Ausfahrten, riefen »Schande!« und forderten lautstark den Rücktritt der Regierung, so berichtete *RT Deutsch*. Die Menge stand einem massiven Polizeiaufgebot gegenüber. Es kam zum Einsatz von Tränengas und zu zahlreichen Verhaftungen. »Heute wird ein gesunder Mensch für uns zu einem Verbrechen«, sagte der Vorsitzende der litauischen Arbeitspartei und Mitglied des Europäischen Parlaments Viktor Uspaskich im *Live-Stream* zum Protest.



*Im Osten gibt's Neues: Auch in Litauen kämpfen die Bürger für die Wiederherstellung ihrer Grundrechte.* Foto: worlwidedemonstrations




## FRANKREICH IM DAUERPROTEST

*Am 14. August demonstrierte die Gelbwesten-Bewegung in Paris bereits den fünften Samstag in Folge gegen die Diskriminierung von Ungeimpften. Seit dem 9. August ist der Zugang zu fast allen Bereichen des öffentlichen Lebens an einen Impf-, Genesenen- oder Test-Nachweis gekoppelt. Ab Oktober sollen die Tests kostenpflichtig werden. Die Impf-Apartheid ist längst kein Schreckensszenario mehr, sie ist eine schaurige Realität geworden.* Foto: Octav Dragan

## JUSTIZ-KRITIKER HINTER GITTERN

**Welches Terror-Regime mag es schon, wenn man ihm zu genau auf die Finger schaut? Der unabhängige Journalist und Assange-Unterstützer Craig Murray musste schmerzlich erfahren, dass eine zu ehrliche Berichterstattung über die Verbrechen des imperialistischen *Establishments* knallhart geahndet wird.**

Seit dem 1. August sitzt der britische Menschenrechtsaktivist für eine achtmonatige Haft im Gefängnis. Der Vorwurf: Verletzung des Verbots der Ermöglichung von »Puzzle-Identifikation« – konkret der Ermöglichung der Identifizierung von Personen durch unterschiedliche Quellen in einem Fall von sexuellem Missbrauch gegen einen schottischen Politiker. Eine Bagatelle, zumal die Identität der Beteiligten dank anderer Journalisten längst bekannt war.

Der wahre Grund hinter der Verhaftung dürfte klar sein. Murray ist ein wichtiger Beobachter im Gerichtsverfahren gegen den Wikileaks-Gründer Julian Assange. Auf seinem Polit-Blog berichtete er als einer der wenigen Journalisten aus einem Londoner Gerichtssaal über die erschreckenden Rechtsverstöße bei dem Versuch, Assange an die USA auszuliefern und ihn lebenslang in ein Hochsicherheitsgefängnis zu sperren. Wäre Murray nicht inhaftiert und ihm sein Pass entzogen worden, wäre er nach Spanien gereist, um in einem Gerichtsprozess Beweise vorzubringen, dass die USA Assanges vertrauliche Gespräche in der ecuadorianischen Botschaft in London abgehört haben.

*Der Journalist und Menschenrechtsaktivist Craig Murray am 1. August, dem Tag seiner Inhaftierung, in Edinburgh.* Fotos: wikicommons

Der britischen Justiz ein Dorn im Auge ist ferner der ehemalige Botschafter in Usbekistan, weil er seit 2002 Menschenrechtsverletzungen durch den britischen und US-amerikanischen Militärkomplex aufdeckt, etwa die Kollaboration der Regierungen mit dem Folter-Regime in Usbekistan. Es ist zu offensichtlich, was für ein Spiel hier gespielt wird. Murrays Verhaftung ist der Versuch, einen unliebsamen Kritiker aus dem Weg zu räumen. Ein weiterer Feldzug gegen den freien Journalismus.

## TYRANNENSTAAT NUMMER 1

**Und der Preis für die härteste und unmenschlichste Corona-Politik geht an … Australien! Wir gratulieren. Ein ganzes Land anderthalb Jahre abzuriegeln, willkürliche Maßnahmen bei einstelligen Inzidenzzahlen zu erlassen und das Militär gegen die eigenen Bürger einzusetzen sind Verbrechen, die ihresgleichen suchen.**

Inzwischen wurde ganz New South Wales erneut in den *Lockdown* geschickt, das heißt: Es gilt wieder die »stay at home«-Anordnung. Das Haus verlassen darf nur wer zur Arbeit oder zum Supermarkt geht, Sport betreibt oder medizinische Hilfe aufsucht. Wer gar in andere Bundesstaaten reisen möchte, muss mindestens eine Erstimpfung nachweisen. Um die Befolgung der Maßnahmen sicherzustellen, wurden vergangene Woche 300 Soldaten in die Metropole Sydney gesandt. In Tarnkleidung patrouillieren sie von Haus zu Haus und prüfen, ob sich die Anwohner an die Ausgangsbeschränkung halten. Währenddessen sitzen 35.000 Australier immer noch im Ausland fest, abgeschnitten von Wohnsitz, Familie, Arbeit. In ihrer Verzweiflung denken viele über eine geheime Einreise per Boot nach.



*Skandal! Australische Soldaten ziehen in Sydney von Tür zu Tür und kontrollieren die Ausgangssperre* Foto: worldwidedemonstraitions

Fazit: Bis jetzt liegt Australien auf der Liste der Tyrannenstaaten noch vorne. Doch schon legt Neuseeland nach. Nachdem ein einzelner positiver Fall in einem Vorort von Auckland festgestellt wurde, wird jetzt ganz Neuseeland für drei Tage in einen harten *Lockdown* geschickt.

## DÄNEN UND LOCKERN

**Fast wie ein Wunder scheint der durch eine Parteienmehrheit erreichte dänische Regierungsbeschluss, ab dem 1. Oktober alle Corona-Zwangsmaßnahmen einzustellen. Folgt das Land etwa dem Vorbild Schwedens? Tatsache ist jedenfalls: Seit Monaten preschen die Dänen mit Lockerungen voran, während Länder wie Frankreich, Italien und Deutschland jeden Tag tiefer in den Sumpf der Diktatur geraten.**

Bereits Anfang Juni hieß es in Dänemark: adé Maskenzwang! Und siehe an: Über Nacht war die nutzlose Maskerade aus den Gesichtern verschwunden, was bestätigt: Fällt das Symbol der Unterdrückung, fällt auch die Fassade vom gesundheitlichen Notstand, fällt das Angst-Regime. Deutsche Auswanderer in Dänemark berichten von einer merklichen Rückkehr zur Normalität im skandinavischen Land, einem kollektiven Aufatmen. Aktuell wird bei Veranstaltungen ab 500 Besuchern aber noch die Vorlage eines Corona-Passes verlangt. Schon ab September 2021 soll dies nur noch bei mehr als 2.000 Besuchern nötig sein. Und ab Oktober heißt es – wenn die Regierung nicht vom Kurs abkommen sollte – adé Corona-Pass! Schluss mit der Diskriminierung von Ungeimpften.

So weit so gut. Und wo ist der Haken? Ist es vielleicht die Tatsache, dass Dänemark mit der neoliberalen Agenda sowieso schon d'accord geht? Stichwort: Digitalisierung. Die Steuererklärung machen, die Scheidung einreichen, ein Unternehmen anmelden, fast alle bürokratischen Angelegenheiten mit Banken, Finanzämtern und anderen Verwaltungsorganen laufen in Dänemark bereits *online* ab. Hierfür hat seit 2010 jeder Bürger eine elektronische Identifikationsnummer, die »NemID«. Außerdem ist jeder über 15-Jährige verpflichtet, ein digitales Konto bei der Gesundheitsbehörde zu führen, über welches ihn zum Beispiel Informationen von der Stadt oder Mahnungen erreichen. Auch die Bargeldabschaffung ist in Dänemark schon weit fortgeschritten. Also lockern schön und gut. Aber bitte auch alle digitalen Ketten!



*Seit dem Ende der Maskenpflicht Anfang Juni kehrt in Dänemark wieder Normalität ein.* Foto: privat

# DIE DEMÜTIGUNG DES WERT

## Aufarbeitung zum Ende der Nato-Besa

**»Das ist nicht Saigon.« Mit diesen Worten verteidigte US-Außenminister Anthony Blinken die chaotische Evakuierung des US-Botschaftspersonals und weiterer US-Bürger aus der afghanischen Hauptstadt Kabul am zurückliegenden Wochenende und in den Folgetagen. Damit wies Blinken die Anspielungen in US-Medien und der internationalen Presse auf die Niederlage der USA im Vietnamkrieg 1975 zurück. Damals gingen die apokalyptischen Bilder der Rettung des US-Personals per Hubschrauber vom Dach der US-Botschaft in Saigon rund um die Welt.**

Derweil sprechen US-Senatoren und Kongressabgeordnete sogar von einer Situation, die »schlimmer als Saigon« ist und werfen Präsident Joe Biden vor, »sich in Camp David zu verstecken, während die Taliban Amerika erniedrigen«. Die Einnahme Kabuls durch die Taliban, der gesamte US-Abzug aus Afghanistan seien für die Vereinigten Staaten das »schlimmste außenpolitische Desaster seit Generationen«, so als ein Beispiel Senator Ben Sasse (Republikaner, US-Bundesstaat Nebraska) am vergangenen Montag.

Aber Senator Sasse bellt den falschen Baum an. Nicht der überhastete US- und Nato-Abzug aus Afghanistan ist das Desaster, sondern die verbrecherische politische Entscheidung vor 20 Jahren, Afghanistan militärisch zu erobern und zu amerikanisieren. Senator Sasse sollte an die Hunderttausenden von toten afghanischen Zivilisten denken und sich empören. Stattdessen sind es aber die über 5.000 toten US-Soldaten und US-Söldner, und die 2.250 Milliarden Dollar – 2.250.000.000.000 $ – offizieller Afghanistan-Kriegskosten, die sein Land in Afghanistan für nichts und wieder nichts in den Sand gesetzt hat.

### ETABLIERTE PARTEIEN UND DER KRIMINELLE ANGRIFFSKRIEG

Auch in den Nato-Hauptstädten hat inzwischen das politische Spielchen der Schuldzuweisung für dieses Desaster begonnen. Dabei geht es wohlbemerkt nicht darum, wer für den kriminellen Angriffskrieg gegen Afghanistan und das nachfolgende Besatzungsregime verantwortlich ist, sondern es geht nur um das Abzugsdesaster. In Deutschland hatten sich vor 20 Jahren alle etablierten Parteien – mit Ausnahme der »Linken« – Hals über Kopf an der Seite der Amerikaner in den Afghanistan-Krieg gestürzt, um Washington ihre Vasallenqualität zu demonstrieren. Aber genau, wie das Afghanistan-Desaster nun auf Washington zurückfällt und auch noch die Reste seines Prestiges als »unverzichtbare Nation« und alleinige Supermacht demoliert, so trifft es im gleichen Maße auch Deutschland und dort besonders die etablierten Parteien, deren Spitzen an allen desaströsen Afghanistan-Entscheidungen mitgewirkt haben, die dann von deren Abgeordneten im Bundestag brav abgenickt wurden.

Vor allem ist die CDU und Bundeskanzlerin Angela Merkel betroffen. Sie hat den deutschen Militäreinsatz in Afghanistan in ihrer gesamten Regierungszeit über mit begleitet und später als Kanzlerin gelenkt. In all den Jahren hat sie stets das Hohelied von der »transatlantischen Wertegemeinschaft« und der US-geführten, »regelbasierten internationalen Ordnung« gesungen, die man auch in Afghanistan einpflanzen müsse. Dabei säuselte sie von Nationenbildung, Demokratie und Menschenrechte und Mädchenschulen und von anderen noblen Zielen, mit denen man Bundeswehrsoldaten und ihren Vätern und Müttern weißmachte, dass es sich lohne, dafür in Afghanistan zu kämpfen. Und womöglich zu sterben.

### DEUTSCHLANDS SICHERHEIT WIRD NICHT MEHR AM HINDUKUSCH VERTEIDIGT

Das Sterben deutscher Soldaten hielt sich anfangs in Grenzen, denn die Bundeswehr vermied in den ersten Jahren Kampfeinsätze – stattdessen besorgte man Militärausbildung und Überwachung. Von der Bevölkerung wurde der Afghanistaneinsatz damals kaum hinterfragt. Aber als die Taliban wieder erstarkten und die Zahl der toten, schwer verwundeten und traumatisierten Bundeswehrsoldaten stieg, musste ein weiteres Motiv her, um die Kampfmoral zu stärken. So erfand ein Schwachkopf von SPD-Kriegsminister die Losung: »Deutschlands Sicherheit wird am Hindukusch verteidigt!«

Nachdem nun die letzten Bundeswehrsoldaten im Laufe dieser Woche klammheimlich bei Nacht und Nebel aus ihrem Feldlager bei Mazar-e-Sharif nach Hause ausgeflogen worden sind, bedeutet das im Umkehrschluss, dass niemand mehr unsere Sicherheit am Hindukusch verteidigt und Deutschland jetzt in großer Gefahr ist. Oder? Das ist natürlich Quatsch. Die Losung diente ebenso wie alle anderen »noblen Gründe« die 20 Jahre lange Mord- und Zerstörungsorgie der US-Nato in Afghanistan zu rechtfertigen.

Jetzt wurde durch den blitzschnellen Vormarsch der Taliban der mit westlichen Werten geschmückte Glitzervorhang weggerissen, der uns eine blühende und wehrhafte Demokratie nach westlichem Vorbild in Afghanistan vorgegaukelt hat. Frei gegeben wurde der ungeschminkte Blick auf die marode Kulisse eines zerfallenden und korrupten Staates. In dem waren nicht einmal mehr die von den USA und auch von Deutschland ausgebildeten und gut bezahlten Soldaten der Eliteeinheiten bereit, für das abgehalfterte US-Marionettenregime von Präsident Ghani einen Schuss gegen die Taliban abzugeben.

### ARMEEAUSRÜSTUNG FÜR 90 MILLIARDEN NUN IN HÄNDEN DER TALIBAN

Nach US-Angaben hatte das Pentagon in Afghanistan eine der schlagkräftigsten Armeen im Vergleich zu den zentralasiatischen Nachbarländern aufgebaut, mit Panzerfahrzeugen, Artillerie, modernen Kommunikationsmitteln und sogar einer recht umfangreichen Luftwaffe mit Kampfhubschraubern, Bombern und Transportflugzeugen. Der Kostenpunkt lag bei knapp 90 Milliarden Dollar. Das ist erheblich mehr als Russland in einem Jahr für sein Militär ausgibt, Sold und Pensionszahlungen für die Soldaten inklusive. Das alles ist jetzt unzerstört in die Hände der Taliban gefallen; für das Pentagon ein Albtraum.

Der Grund, warum die Taliban so schnell und so gut wie ohne Gegenwehr alle Provinzhauptstädte und das Land dazwischen und zuletzt auch die Landeshauptstadt Kabul in Besitz nehmen konnten, liegt darin, dass die Taliban-Führung allen Regierungssoldaten und auch Regierungsbeamten Straffreiheit zugesichert hat und ihnen auch eine neue Karriere in Aussicht stellt. Nämlich im Rahmen einer neuen Armee der nationalen Einheit. Damit war jede Motivation dahin, für die von der Nato herangezüchteten, korrupten US-Regierungsmarionetten zu kämpfen und zu sterben.

Ein Beispiel für die Korruption der politischen Elite war, dass der amtierende Präsident Ashraf Ghani dabei erwischt worden ist, eine große Summe Geldes außer Landes zu schmuggeln. Laut russischer Nachrichtenagenturen hatte man ihm am Flughafen in Kabul fünf Millionen Dollar in bar konfisziert, mit denen er sich einen Tag vor dem Fall Kabuls mit einem Militärflugzeug über die Grenze nach Usbekistan absetzen wollte. Ghani, ein Geschöpf der USA war ehemaliger Direktor der in Washington residierenden Weltbank.

### EHEMALIGER WELTBANKPRÄSIDENT GHANI WILL SICH MIT GELDKOFFERN ABSETZEN

Was die Frage der angeblichen Unvorhersehbarkeit des blitzschnellen Siegeszugs der Taliban betrifft, wird die Schuld für die schwerwiegende Fehleinschätzung der Lage vor allem den US-Geheimdiensten zugewiesen. Dabei hätte man auch in Berlin wissen müssen, dass die US-Geheimdienste in der Regel keine realistische Einschätzung abgeben, sondern politische Gefälligkeitsgutachten.

Diesmal entsprach die gemeinsame Einschätzung der US-Geheimdienste voll und ganz den persönlichen Wünschen und Hoffnungen von Präsident Joseph Biden und seiner Mannschaft. Die hatten sich das symbolträchtige Datum des 11. September 2021 – also genau 20 Jahre nach dem Anschlag auf die Türme des World Trade Centers in New York – ausgesucht, um sich in einer groß inszenierten Show als Sieger in Afghanistan zu präsentieren. An dem Tag sollte die letzte Einheit amerikanischer Soldaten aus Afghanistan zu Hause in den USA eintreffen, siegreich und ungeschlagen. Das selbstgesteckte Ziel – nämlich die Vernichtung von al Kaida – war erreicht. »Mission accomplished« sollten die Banner auf den TV-Bildern verkünden.

In feierlichen Reden sollte über die selbstlose US-Hilfe in Afghanistan gesprochen werden und nun sei die Zeit gekommen, wo die afghanische Armee und Gesellschaft stark und fähig genug sei, um selbst für Ordnung im Land zu sorgen. Und in der Zukunft werde Afghanistan – Dank weiterer, enger Zusammenarbeit mit den USA – in seiner Region zu einem Pfeiler der Stabilität und einem Leuchtturm westlicher Werte werden. So schön hatten sich Joe Biden und seine Leute im Weißen Haus den Abzug aus Afghanistan vorgestellt. Und die US-Geheimdienste lieferten die dazu passende Einschätzung.

Noch Anfang Juni 2021 hieß es von den US-Geheimdienstexperten, dass die Regierung von Präsident Ashraf Ghani bis zu zwei Jahre nach dem Abschluss des US-Rückzugs überleben könnte (1). So kam es dann zu der fatalen Fehleinschätzung im politischen Washington,



*2001: Anschläge in den USA durch Islamisten | Bush verkündet den »War On Terror« | US-Invasion in Afghanistan | 2011: Erschießung Osama Bin Ladens auf Anordnung Barack Obamas | 2001-2021: Deutsch*

# TEWESTENS IN AFGHANISTAN

## *atzung in Afghanistan* | Von Rainer Rupp

wovon Präsident Bidens Bemerkungen am 8. Juli 2021 (2) anlässlich einer Presseerklärung zum Abzug der US-Streitkräfte in Afghanistan zeugen.

> Im Folgenden die Bemerkungen von Präsident Biden zur Frage, »ist eine Übernahme Afghanistans durch die Taliban jetzt unvermeidlich?«
> DER PRÄSIDENT: Nein, ist es nicht.
>
> Warum?
> Weil sie – die afghanischen Truppen haben 300.000 gut ausgestattet. So gut ausgestattet wie jede Armee der Welt. Und eine Luftwaffe gegen so etwas wie 75.000 Taliban. Es ist nicht unvermeidlich.
>
> Würden Sie diese Aussage bitte bekräftigen. Warum vertrauen Sie den Taliban nicht?
> Es ist eine – es ist eine dumme Frage. Vertraue ich den Taliban? Nein. Aber ich vertraue auf die Kapazität des afghanischen Militärs, das besser ausgebildet, besser ausgerüstet und in Bezug auf die Kriegsführung kompetenter ist.
>
> Einige vietnamesische Veteranen sehen Ähnlichkeiten mit ihren Erfahrungen jetzt bei diesem Abzug aus Afghanistan. Sehen Sie Parallelen zwischen diesem Rückzug und dem, was in Vietnam passiert ist, mit einigen Leuten, die das Gefühl haben –
> Überhaupt keine. Null. Sie hatten ganze Brigaden, die die Tore unserer Botschaft durchbrachen – sechs, wenn ich mich nicht irre. Die Taliban sind nicht der Süden, die nordvietnamesische Armee. Sie sind nicht – sie sind nicht im Entferntesten vergleichbar in Bezug auf die Fähigkeit. Es wird keinen Umstand geben, in dem Sie sehen werden, wie Menschen vom Dach der Botschaft gerettet werden – der Vereinigten Staaten in Afghanistan. Es ist überhaupt nicht vergleichbar.
>
> (Anmerkung, die stotternde Sprache und Unstimmigkeiten im deutschen Text sind keine Übersetzungsfehler, sondern US-Präsident Biden spricht so.)

Dann vor einer Woche, als es längst zu spät war, änderten sich unter dem Eindruck des nicht mehr schön zu redendem Vormarsches der Taliban die Einschätzungen der US-Geheimdienste. Sie gaben der Hauptstadt Kabul nun nur noch 90 Tage bis zur Einnahme durch die Taliban. Auch das erwies sich als pures Wunschdenken.

### FEHLEINSCHÄTZUNG, FEHLPLANUNG, TOTALE NIEDERLAGE

Aus den 90 Tagen wurden gerade mal 90 Stunden, bis Kabul von den Taliban am Montag, den 16. August kampflos übernommen wurde. Das zeigt, was von der Qualität US-amerikanischer, gemeinsamer Geheimdiensteinschätzungen zu halten ist, vor allem, wenn sie an die Öffentlichkeit durchgesickert werden. Aus eigener Erfahrung weiß ich, dass sie so gut wie nie die Realität widerspiegeln, sondern auf dem Weg durch die Geheimdienstbürokratie nach oben zu den politischen Entscheidungsträgern entsprechend der gerade geltenden Opportunität zu politischen Instrumenten zurechtgebogen werden.

Im vorliegenden Fall tritt jedoch vor allem die geballte Inkompetenz der Chefetagen der US-Geheimdienste zutage. Denn eine derartige Einschätzung wie die jüngste zu Afghanistan kann nur auf dem Boden der maßlosen US-Arroganz und des Glaubens an die eigene Unfehlbarkeit entstanden sein, zusätzlich verstärkt durch die engstirnige Überzeugung in die US-Überlegenheit und Unbesiegbarkeit. Vor allem für die deutsche Politik, die sich gerne auf gemeinsame Einschätzungen der US-Geheimdienste verlässt, sollte das eine Lehre sein, ebenso wie für die selbsternannten deutschen »Qualitätsmedien«, die nur zu gerne die nicht selten groben Lügen der US-Dienste als belastbare Wahrheit verbreiten.

Aber der dramatische Fall Kabuls, die chaotische Flucht der Amerikaner und ihrer Nato-Verbündeten, die totale politisch-militärische Fehleinschätzung Washingtons, wird geostrategische Auswirkungen haben, die jahrelang nachhallen werden, nicht nur in Asien, wo aktuell die USA und ihre Nato-Vasallen unter den APEC-Staaten neue Verbündete gegen China zu gewinnen suchen. Auch im Mittleren Osten und Afrika bis hin nach Lateinamerika werden alle, die sich bisher in ihrer Politik zu sehr auf die USA verlassenen haben, vorsichtiger werden und den siechen Hegemon mit anderen Augen betrachten. Diesbezüglich wird auch die Art und Weise, wie lokale Politiker und Hilfskräfte der US-Nato in Afghanistan zurückgelassen wurden, in die Einschätzung der Verlässlichkeit der westlichen Herren eingehen.

### ANSEHEN DER USA ALS GLOBALER HEGEMON IN TRÜMMERN

Die USA und die anderen Nato-Länder werden in Afghanistan keine wichtige Rolle mehr spielen. Die Demütigung der USA und ihrer Nato-Verbündeten ist vollkommen und die Position der USA als globaler Hegemon liegt in Trümmern. Die aktuellen Ereignisse in Afghanistan werden eine regionale politische, wirtschaftliche und militärische Neuordnung zur Folge haben, deren Konturen sich bereits seit einiger Zeit abzeichnen. China, Russland und Iran sind bereit, mit einer Taliban geführten Regierung der nationalen Einheit zusammenzuarbeiten und beim Wiederaufbau des Landes zu helfen. Bei der Planung für die post-amerikanische Zeit hatte eine hochrangige Taliban-Delegation eine Reihe von Nachbarländern besucht. Die erste Reise führte in den Iran, wo die Taliban herzlich empfangen wurden, was der beste Beweis dafür ist, dass die religiös-extremistische, von Saudi-Arabien unterstützte Wahhabi-Linie der Taliban von vor 20 Jahren in der heutigen Taliban-Bewegung nicht mehr existiert. Der nächste Besuch der großen Taliban-Delegation führte nach Moskau und dann nach Peking, wo jeweils Gespräche auf höchstem Niveau stattfanden, nämlich mit Außenminister Lawrow und Wang Yi. Dabei zogen die Chinesen und die Russen am selben Strang.

Moskau und China boten den Taliban Hilfe beim Wiederaufbau des Landes an, ohne sich in dessen innere Angelegenheiten einzumischen. Im Gegenzug verlangten die Chinesen und Russen, dass unter einer neuen Taliban-Regierung Afghanistan nicht wieder zum sicheren Hafen für ausländische Terroristen werden darf, die von dort Operationen gegen China in Xiang Jan oder gegen andere Länder durchführen.

### TALIBAN SICHERN MÄDCHEN SCHULBESUCH ZU

Zudem betonten Moskau und Peking, dass sie nur an der Unterstützung für eine stabile Regierung in Afghanistan interessiert seien, was eine inklusive Koalitionsregierung der nationalen Einheit voraussetzt, in der die wichtigsten Ethnien des Landes vertreten sind und deren Interessen berücksichtigt werden. Eine weitere Voraussetzung sei die Abkehr von religiösem Extremismus und die Akzeptanz anderer Glaubensrichtungen. Letzteres wurde von dem obersten, für Religionsfragen zuständigen Taliban-Vertreter, der ebenfalls zu der Delegation gehörte, zugesichert. Man habe dazu gelernt, sagte der und auch den Frauen und Mädchen werde der Zugang zu Schulen, Bildung und Beruf nicht mehr verwehrt, wie das unter dem Vorgänger Regime der Wahhabi-Taliban geschehen war. Nur einen Chador wie im Iran müssten die Frauen wieder tragen.

Das Verhalten der Taliban bei der Befreiung des Landes von ausländischen Besatzern scheint zu bestätigen, dass sich die Taliban aus eigener Überzeugung an diese Vereinbarungen halten. Auch die Taliban-Fußtruppen zeigen soweit große Disziplin. Es gab bisher keinerlei Übergriffe gegen Regierungssoldaten, die ihre Waffen niedergelegt hatten. Es gab keine Plünderungen oder Gewaltakte oder Beleidigungen der Zivilbevölkerung in den eroberten Städten. Es sind die Taliban, die jetzt in den Straßen Kabuls für Ordnung und Sicherheit sorgen, die wichtige Gebäude bewachen und vor Plünderungen durch Zivilisten schützen.

### AMNESTIE FÜR BEAMTE, ANGEBOTE AN INTELLIGENZ

Für Soldaten, Polizei und Regierungsbeamte gibt es eine allgemeine Amnestie. An die gebildete Schicht richteten die Taliban einen Aufruf, im Land zu bleiben, denn jeder werde für den Wiederaufbau gebraucht. In der am Flughafen in Kabul aktuell immer noch herrschenden Panik treffen solche Aufrufe allerdings auf taube Ohren. Die russische Botschaft in Kabul dagegen scheint den Taliban zu vertrauen, dort gibt es keine Not-Evakuierung, sondern es wird weiter normal gearbeitet.

Alles in allem gibt es also einen Hoffnungsschimmer für einen Neuanfang in Afghanistan ohne ausländische Soldaten und westliche Einmischung. Und sicherlich wird es auch Rückschläge geben, denn die tiefen Wunden, die in den über 40 Jahren Krieg und Bürgerkrieg geschlagen wurden, werden so schnell nicht heilen. Echter wirtschaftlicher Fortschritt und bescheidener Wohlstand für die Menschen durch die selbstbestimmte Integration Afghanistans in die regionalen Wirtschaftsräume wäre ein wichtiger Schritt in diesem Heilungsprozess. Mit der Unterstützung Chinas, Russlands, Irans, Pakistans und den zentralasiatischen Republiken, die alle in der Shanghai Kooperationsorganisation vereint sind, könnten die Taliban als Führer einer inklusiven Regierung der nationalen Einheit in Afghanistan eine neue Ära einläuten. Daher sollten wir nicht unverantwortlichen Politikern und Medien nachplappern, die hierzulande schon wieder eine neue Taliban-Terrorgefahr für Europa und Deutschland beschwören, und die unfähig sind aus einer politischen und menschlichen Katastrophe eine Lehre zu ziehen.

Dieser Text als Lesung auf *demokratischerwiderstand.de*

Verweise: (1) Wallstreet Journal vom 23. Juni 2021
(2) www.whitehouse.gov/briefing-room/speeches-remarks/2021/07/08/remarks-by-president-biden-on-the-drawdown-of-u-s-forces-in-afghanistan/



Rainer Rupp war DDR-Spion im Nato-Hauptquartier. Seit 2000 arbeitet er als Journalist und Publizist.




*e Beteiligung am Krieg | 2020: Trump verkündet den Abzug des US-Militärs | US-Friedensverhandlungen mit Taliban | 2021: Evakuierung der Truppen und Fluchtchaos in Kabul* *Bildmaterial: Ruptly*

# TODBRINGENDE SUPER-SPREADER-EVENTS?

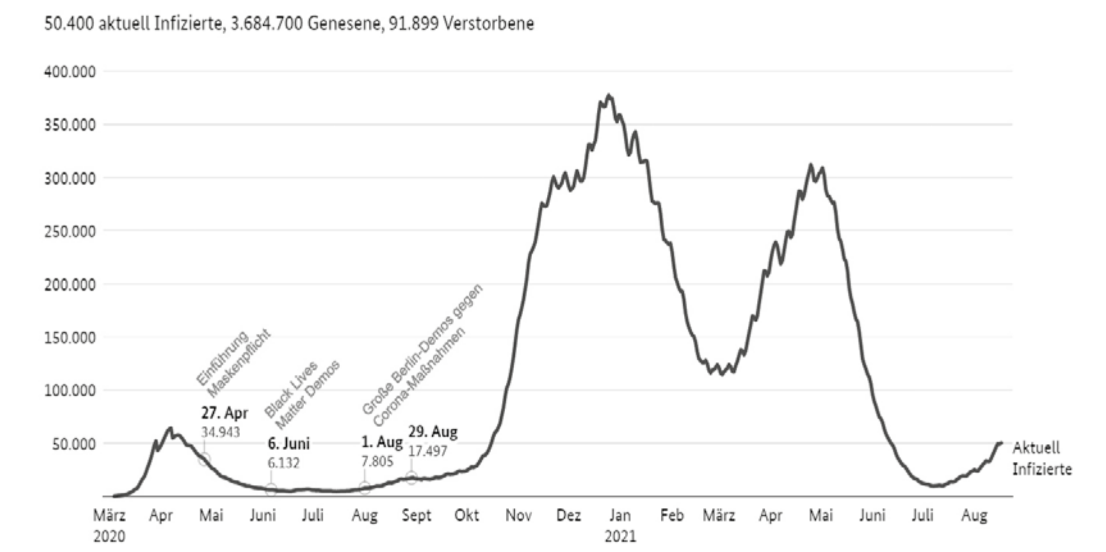
***Eine einfache Analyse der Infektionskurve beweist, dass keine Korrelation zwischen Demonstrationen und Ansteckungen besteht.*** | Von Björn Gschwendtner

**Am kommenden Augustwochenende werden wir wieder auf allen Kanälen des *Mainstreams* zu hören und lesen bekommen, dass die Demonstrationsteilnehmer sich nicht an die Infektionsschutzverordnungen gehalten haben und wir wieder mit weiteren unschuldigen Opfern dieses *Super-Spreader-Events* in der Bevölkerung rechnen müssen.**

Genau das wurde zuvor bereits mehrfach behauptet und manch einer rückte eine entsprechende Studie heraus, die ermittelt haben will, wie viele Personen sich dadurch mit Corona ansteckten und daran verstorben seien. Schuld dafür sei die Nichteinhaltung der Hygienevorschriften der »Corona-Leugner«, vor allem aber die Missachtung der Maskenpflicht. Aus diesem vorgeschobenen Grund werden seit einiger Zeit die Demonstrationen für Freiheit immer ungenierter verboten, da davon auszugehen sei, dass Querdenker und Co. keine Motivation hätten, die Hygienevorschriften einzuhalten. Wieso denke ich da an »Precrime«, eine Strafverfolgungsbehörde aus dem dystopischen Film »Minority Report«, wo es darum geht, Personen zu identifizieren und festzunehmen, die in Zukunft Straftaten begehen werden?

### DIE LOGIK DER KORRELATION

Aber bringen die Masken denn nun etwas oder nicht? Sind Demonstrationen wirklich *Super-Spreader-Events*? Man muss kein Virologe oder Epidemiologe sein, oder schwer verständliche Studien gelesen haben, um eine Antwort darauf geben zu können. Einfache Logik und ein gesunder Menschenverstand reichen hierfür völlig aus. Eine Korrelation (Wechselbeziehung) ist zwingende Voraussetzung für einen Zusammenhang. Ohne Korrelation kann es keine kausalen Zusammenhänge geben. Natürlich kann es Korrelationen ohne Zusammenhang geben, aber nie einen Zusammenhang ohne Korrelation. Steigt das Eine, wenn das Andere dann auch steigt, haben wir eine Korrelation. Ebenso wenn das Eine steigt und das Andere daraufhin sinkt. Einfaches Beispiel: Menschen ziehen Masken an. Die Infektionskurve fällt daraufhin deutlich vom bisherigen Verlauf ab.




*Kurvenverlauf der Covid-19 Fallzahlen. Editiert mit Daten großer Ereignisse.* *Quelle: bundesregierung.de*

Werfen wir einen Blick auf den Kurvenverlauf der Corona-Infektionen: Ohne die Beschriftung mit den Daten könnte man nicht sagen, wann die Maskenpflicht eingeführt wurde und wann die Demos stattfanden. Sie werden unmöglich herausfinden können, wann die einzelnen Demonstrationen abgehalten wurden und einen Anstieg bewirkt haben sollen.

### KEIN ZUSAMMENHANG ZWISCHEN DEMOS UND INFEKTIONSGESCHEHEN

Hier können Sie klar erkennen, dass die Kurve längst am Fallen war, als die Maskenpflicht eingeführt wurde. Und genauso kann man keinen Einfluss auf das Infektionsgeschehen durch die Großdemonstrationen erkennen – es fehlt ein deutlicher Anstieg. Dieser beginnt erst viele Wochen nach der Großdemo in Berlin am 29. August 2020, die Inkubationszeit des Virus aber beträgt bis zu zwei Wochen.

Ganz gleich, was die *Mainstream*-Medien erdichten und zu beweisen versuchen: Es gibt keine Korrelation zwischen Demonstrationen und dem Infektionsgeschehen. Punkt. Wer Angst hat, soll ruhig eine Maske anziehen, wer keine Angst hat, soll sie nicht tragen müssen. *My body, my choice.* Ob nun mit Maske oder nicht, werden wir alle gemeinsam am 28. und 29. August gegen Gesundheitsfaschismus und für Freiheit, Frieden und Liebe demonstrieren.



Björn Gschwendtner ist gelernter Biologielaborant und Kommunikationsdesigner.

## REINIGUNGSFANTASIEN

***Das Corona-Regime projiziert seine eigene Menschenverachtung auf uns Menschen.*** | KOMMENTAR *von Hendrik Sodenkamp*

Seit März 2020 warnt die Demokratiebewegung vor unwissenschaftlichen Übertreibungen, dem Abriss erreichter rechtsstaatlicher Standards, der Gefährdung von Alten und Schwachen und Panikmache. Als Antwort wurde ihr von der Regierung sowie von partei- und konzernabhängig Beschäftigten Folgendes unterstellt: »Schwurbelei«, Sehnsucht nach dem Kaiser oder dem Führer, Altenhass und geistige Behinderung. »Mit denen kann man nicht mehr reden«, sagt die Macht.

Wenn man mit einem Menschen nicht mehr debattieren oder gar überhaupt nicht mehr sprechen kann, dann hat man ihn auf die Ebene eines Tieres oder einer Pflanze gestellt, wo man über ihn mit Gesten oder Gewalt verfügen muss. Unter dem wehenden Moralbanner der Macht, »weil jedes Leben zählt«, wurden 30 bis 40 Prozent der deutschen Bevölkerung entmenschlicht. Einige Institutionen sehen sich noch *pro forma* dazu genötigt ihre Gewaltsprüche zu begründen. So auch die Berliner Versammlungsbehörde beim verfassungswidrigen Verbot der Demonstrationen des 1. Augusts 2021. In einem 20-Seitigen Verbotsschreiben argumentierte sie dann mit dem Blut-Status der Versammlungsteilnehmer: Es seien wohl dort viele nicht geimpft.

Die Behörde berief sich auch auf ein Diskussionspapier von Martin Lange und Ole Monscheuer. Diese hatten behauptet, dass Teilnehmer von Demonstrationen der Demokratiebewegung in ihren Heimatorten Menschen massenhaft angesteckt und getötet hätten. Dem verachtenswerten Schriftstück der beiden Karrierehetzer war umgehend von Wissenschaftlern widersprochen worden. Der Behörde kam es gelegen und setzte es ein. – Fazit: Das scheinheilige Regime will Keuschheit: Reine Körper und reine Gedanken. Es ist ein Kult. Wer ernsthaft an Wissenschaftlichkeit, Menschenwürde und sozialem Ausgleich interessiert ist, wird diese nicht bei den Kameraden der Macht finden.









*Karrikatur des trojanisches Pferdes der Pharmaindustrie Karl Lauterbach.* Foto: Björn Gschwendtner

## POP POP



*Komiker Marco Rima lässt sich von den C-Maßnahmen nicht unterkriegen.* Foto: © instagram_marcorimacomedian

### NO TIME FOR SHOWTIME!

Der Schweizer Komiker Marco Rima weigert sich, eine Bühne zu betreten, ehe nicht sämtliche Maßnahmen für das Publikum aufgehoben werden. Damit sagt der Maßnahmenkritiker seine Tournee ab. »Ich wehre und verweigere mich gegen dieses politische Gebaren und werde wie schon erwähnt, erst dann wieder auf die Bühne zurückkehren, wenn gesunde Menschen nicht beweisen müssen, dass sie gesund sind.«, postete er auf Facebook. Die politische Ächtung von gesunden Menschen von Politik und den Medien fände er »unerträglich«. Rima war und ist ein wackerer Verfechter der Freiheit. Selbst dann noch, als er mit einer Covid-Diagnose drei Tage auf der Corona-Station landete.




*Dem linken Merkel-Fan wird ein ganzes Lied gewidmet.* Foto: © Prinzessin & Rebell

### ES LEBE DIE RAUTE!

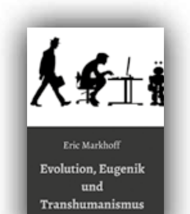
Das Liedermacher-Duo »Prinzessin und Rebell«, bestehend aus Anna Katharina Kränzlein und Prinz Chaos II. veröffentlichte seine neue Single. Der Titel – ein Oxymoron: »Der linke Merkel-Fan«. Im 20er-Jahre-Stil persiflieren sie jene, die sich als »links« verstehen und dennoch Muttis Kurs bedingungslos folgen. Ungeachtet aller geäußerten Kritik in der Vergangenheit. Ein bemerkenswerter Wandel des Künstlers – Prinz Chaos war anfangs sehr maßnahmentreu. Live bewundern kann man das Duo auf Prinz Chaos' eigenem »Paradiesvogelfest«. Dieses findet vom 16.– 20. September auf des Prinzen eigenen Schloss in Südthüringen statt.

## DW-BESTSELLERLISTE

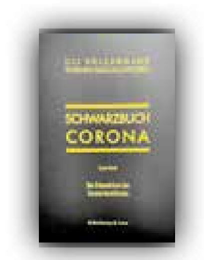
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



An welchem Punkt stehen wir? Die Epidemie als Politik
Agamben, Giorgio
Turia & Kant Verlag
ISBN: 978-3-85132-996-4



Evolution, Eugenik und Transhumanismus.
Markhoff, Eric
Tredition Verlag
ISBN: 978-3-347-30441-3



Schwarzbuch Corona. Die Erkenntnisse des Corona-Ausschusses
Gellermann, Uli, Ganjalyan, Tamara (Hg.)
Sodenkamp & Lenz Verlag
ISBN: 978-3-9822745-1-5



Aktaions Unglück. Die Corona-Krise aus geisteswissenschaftlicher Sicht
Brunner, Thomas
Edition Immanente Verlag
ISBN: 978-3-942754-22-4



Die Toten können uns retten. Wie die Rechtsmedizin hilft, Krankheiten zu erforschen und das Sterben zu verhindern
Klaus Püschel (Autor)
Quadriga Verlag
ISBN: 978-3-86995-105-8



Also sprach Corona. Die Psychologie einer geistigen Pandemie
Nelles, Wilfried
Scorpio Verlag
ISBN: 9783958033900



Totalversagen. Kleines Handbuch: die Selbstzerstörung einer Gesellschaft
Müller, Michael
Tredition Verlag
ISBN: 978-3-347-24597-6



Wollen wir überhaupt noch frei sein?
Bodd, Elano
Selbstverlag
ISBN: 9798654429100



Politische Köpfe im Porträt. Galerie der Systemkritik aus Journalismus, Wissenschaft und Politik
Gschwendtner, Björn
Promedia Verlag
ISBN: 9783853714829



Friedliche Solidarität für die Freiheit.
von Richthofen, Motschi
Tredition Verlag
ISBN: 978-3-347-29761-6

# Küsschen links, Küsschen rechts

*Von Anselm Lenz*

**»Anderswo geht es ruppiger zu«, trauerte sogar Klaus Pokatzky vom gleichgeschalteten *Dlf Kultur* im März 2021.**

Kurz zuvor hatten die Franzosen ihre Theater befreit. Über 30 Schauspielhäuser im ganzen Land werden seither von der französischen Demokratiebewegung gehalten. »Ein Hauch vom Mai 1968 weht durch Frankreich«, konstatierte gar die schläfrige *Frankfurter Allgemeine Zeitung*.

Für Deutschland hatten der Genießer Pokatzky und Christian Gerhaher von der kurzlebigen Initiative *Aufstehen für die Kunst* moniert: »Im Sommer 2020 gab es tatsächlich eine Emotionalisierung im Diskurs, und auch die Querdenker waren als Bewegung sehr stark.« – *Tempi Passati*, gar Wehmut? Nun, dank der echten Initiative *#AllesDichtmachen* und dem offenen Bekenntnis vieler Schauspieler zum Demokratischen Widerstand ist auch der künstlerische Durchbruch der Bewegung bereits gelungen. Eine Kunstproduktion ohne Widerständler wird es nicht geben können. Wir sind überall.

Daran will auch der Theaterregisseur Réné Pollesch anknüpfen. In einem *Fake*-Interview mit dem Regierungsblättchen *Tagesspiegel* ließ der neue Volksbühnenintendant zuletzt anklingen, dass mit Merkels *Fake*-Antifa allein kein Staatstheater zu machen sein wird. Küsschen links, Küsschen rechts. Die Impfgegnerin und Jonathan-Meese-Schülerin Lydia Dykier plant bereits die Spielzeiteröffnung der berühmtesten Sprechbühne. Die Regisseurin will elegant zur Premiere Nummer eins gehen: »Ein Kleid für eine Königin der Nacht, dunkelblau mit aufgenähten Diamanten.«




Foto: Martin Lejeune

*DW-Leser an der Volksbühne in Berlin.*

In Frankreich ließ sich Premierminister Jean Castex per Video mit den Theaterbesetzern zusammenschalten. Er zeigte sich demütig gegenüber der Kunst, räumte den Frevel der Zwangsschließungen ein. Welch Geistes Kind Angela Merkel (CDU) ist, bemerkte bereits Theaterwirbelwind Christoph Schlingensief nach einer Einladung ins Kanzleramt im Jahr 2009: »karg«, roboterhaft, »keine Ahnung von Wagner«. Schlimmer noch: Merkel sei eine, die uns »krankenhaustechnisch versorgt«.

Bürgerrechtler planen, in der berühmten Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz den Sieg der Verfassungsgebenden Versammlung zu feiern. In der DDR hatte die Volksbühne als widerspenstig gegolten. Unter Intendant Frank Castorf galt sie ab 1992 als geradezu national-anarchistisch – und gelangte zu überragendem künstlerischen Weltruhm.

## SPORT MIT BERTHOLD

### EIN BEISPIEL AN CRISTIANO RONALDO NEHMEN

**Die persönliche Gesundheit darf nicht zum Spielball der Politik und des Fussballs werden. Gesundheit und Wissenschaft müssen wieder in die Hände von unabhängigen Medizinern und Wissenschaftlern gelegt werden. Das sollte das oberste Gebot sein.**

Dass ein Profifussballer sensibel auf unnötige Eingriffe auf seine Gesundheit reagiert, ist doch klar. Da die Haftung der Impfindustrie ausgeschlossen ist und ein Berufsausfall ein zu hohes Risiko darstellt, nehmen die Spieler sicher lieber eine Ansteckung in Kauf.

Positiv Getestete gibt es ja genug, schwere Vorläufe allerdings keine. Cristiano Ronaldo wurde auch zig Mal positiv getestet und dann auf einmal wieder negativ. Wahrscheinlich nehmen sich viele an ihm ein Beispiel.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

# Grundgesetz

***Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:***

**Artikel 1**
**(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.**
**(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.**
**(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.**

**Artikel 2**
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

**Artikel 3**
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

**Artikel 4**
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

**Artikel 5**
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

**Artikel 6**
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

**Artikel 7**
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

DIE SEELE DES MENSCHEN IST UNTESTBAR.
RONNIE TO MIDNIGHT

**Artikel 8**
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

**Artikel 9**
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

**Artikel 10**
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

**Artikel 11**
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

**Artikel 12**
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

**Artikel 12a**
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

**Artikel 13**
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

**Artikel 14**
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

**Artikel 15**
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

**Artikel 16**
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

**Artikel 16a**
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

**Artikel 17**
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

**Artikel 17a**
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

**Artikel 18**
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

**Artikel 19**
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

**Artikel 20**
**(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.**
**(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.**
**(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.**
**(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.**

***Art. 146*** *Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

**Impressum | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND»** (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 59. Ausgabe ab Samstag, 21. August 2021. | Redaktionsschluss war am 19. August, 7:15 Uhr. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von maximal 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an K.D.W. e.V., **IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84 · BIC GENODEF1SLR**.

**Chefredaktion**: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp **Chef vom Dienst:** Burak Erbasi, Ronja Palmer (stv.) **Ressortleitung Wirtschaft:** Hermann Ploppa **Ressort Naturwissenschaft:** Markus Fiedler **Österreich-Korrespondent:** Eric Angerer **Ressort International:** Ronja Palmer **Sportchef:** Thomas Berthold **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Jill Sandjaja, Anselm Lenz **Fotoressort:** Steve Schramm, Hannes Henkelmann, Gerd Danigel **Weitere Redaktionsmitglieder:** Dr. Yana Milev, Vicky Richter, Markus Haintz, Alexandra Motschmann, Ullrich Mies, Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Dr. Tamara Ganjalyan, Louise Mary Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Clark Kent, Doro Neidel, Dr. med. Alexander Richter, Johnny Rottweil, Samuel Gfrörer, Gerda Thiele. **Korrektorat:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo.

**Herausgegeben** von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

Die kommende Ausgabe DW 60 erscheint am 28. August 2021.